

gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur in celle

Nr. 84

April/Mai 2017



500 Jahre Reformation

INHALT

CDU fordert Fahrradstraßen und Fahrradexpresswege	
Radfahren attraktiver machen	3
Sozialticket gegen Mobilitätsarmut	5
Personalpolitik nach Gutsherrenart	7
Polizei-Großeinsatz an der Hohen Wende	
Teurer Einsatz schürt Ressentiments	9
Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit fordern:	
Weniger Dank, mehr Unterstützung	11
Ehrenamtliche werden zu politischen Akteuren	12
Im Wald und auf der Heide #17	13
Meldungen	14
Laternengespräche: EWG – Einer wird gewinnen	16
Schmiergelder für die Rüstungsindustrie	
Rheinmetall-Manager vor Gericht	18
25 Jahre Mahnmal in den Trifftanlagen	
„Celler Platte“ oder „zeitlos mahnend“	20
Der Glaube, der Herzog und die Staatskasse	
Unser Beitrag zum Reformationsjahr	23
„... wo die Judenhäuser bekanntlich sind“	
Stadtführer zur jüdischen Geschichte	26
AntiFa – diverse Veranstaltungen	27
Von Luther zu Hitler	28
Erfahrungen mit dem Asylverfahren	
... und wie jetzt weiter in Deutschland	29
Diverses	33
Kino achteinhalb	34
Termine in Politik und Kultur	35



Hallo werte Leser*innenschaft,

wenn ihr neben unserem Qualitätsprodukt auch die Cellesche Zeitung lest, werdet ihr festgestellt haben: Vor Ort wird nicht das 725-jährige Stadtjubiläum das große Ding, sondern Martin Luther und die Ausstellungen zur Reformation. Aus unser Sicht war er vor allem ein radikaler Judenhasser und ein Fürstensknecht, der die aufständischen Bauern zum Abschlichten preisgab, und ein Mann, der Frauen zu Gebärmaschinen degradierte. Es wäre zu einfach, das alles dem Zeitgeist des 16. Jahrhunderts zuzuschreiben, denn: Andere Reformatoren waren weit weniger „radikal“.

Und auch der Herzog, dem der Titel „Der Bekenner“ anhaftet, nutzte die Reformation vor allem, um die Schulden seines Herzogtums durch Kirchenraub abzutragen ... Dazu gibt's in diesem Heft einen Artikel.

Ansonsten beschäftigen uns die bekannten Themen: Mobilitätswende, Flüchtlingsabwehr und -integration, Rheinmetall. Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus – und einiges mehr.

Wie immer hoffen wir darauf, dass ihr die Verbreitung unseres Magazins unterstützt – und dies nach Möglichkeit auch mit gelegentlichen Spenden auf das unten angegebene Konto.

Eure revista



Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
 V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista.celle@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
 erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
 kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
 Konto: SKI e.V., IBAN: DE18 2575 0001 0108 0996 98, BIC: NOLADE21CEL

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Café Wichtig,
 Linke/BSG-»Das Büro«, Sternkopf & Hübel, Rio's, Morlock

Attraktivität des Fahrradfahrens muss steigen

Fahrradfahren attraktiver machen – darauf können sich seit Längerem eigentlich alle verständigen. Schwierig wird es, wenn dadurch der PKW-Verkehr seine Privilegien einbüßen soll. Und im Alltag ist es sowieso schnell vorbei mit gegenseitigem Respekt.

Nachdem die Fraktion Die Linke/BSG vor kurzem einen zügigen Umbau der Kreuzungssampeln für einen flüssigeren Fahrradverkehr gefordert hat – und die Verwaltung auf laufende Planungen bzw. erste Schritte hingewiesen hat (siehe revista 83), fordert jetzt die CDU-Ratsfraktion ein Konzept für Fahrradstraßen:

„1. Ausbau der vorhandenen Fahrradwege an Hauptstraßen zu Hauptverkehrsrouten (Schnellverbindung) zur besseren Anbindung der Ortsteile an die Kernstadt.

2. Ausweisung von Fahrradstraßen als Teil von Routenverbindungen insbesondere zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Schulumfeld.

3. Prüfung der Möglichkeiten zum Bau von Fahrradexpresswegen abseits von Straßen insbesondere bei Neubauprojekten.“

In der Begründung geht die CDU auf E-Mobilität und Klimaschutz ein:

„Der Trend zum Elektrofahrrad ist ungebrochen. Schätzungen zufolge wurden letztes Jahr ungefähr 566.000 Elektrofahrräder verkauft, das sind 22 % mehr als im Vorjahr. Es ist unverkennbar, dass der Radverkehr in naher Zukunft höhere Verkehrsanteile als der KFZ-Verkehr aufweisen wird. Der Ausbau der Fahrradinfrastruktur hält mit dieser Entwicklung allerdings nicht mit. Eine Folge davon ist der bundesweite Anstieg von Verkehrsunfällen mit E-Fahrrädern. Als mögliche Ursache wird u.a. in vielen Fällen auch eine unzureichende Fahrradinfrastruktur ausgemacht.

Um die Attraktivität des Radfahrens in Celle weiter zu steigern und Celle zu einer fahrradfreundlichen Stadt zu entwickeln, ist die Anpassung der Fahrradinfrastruktur an die gegenwärtigen und zukünftigen Erfordernisse mit den o.a. Schwerpunkten zwingende Voraussetzung.

Neben den positiven Auswirkungen für den Klimaschutz wird auch Celle als Wirtschaftsstandort gestärkt, denn Wirtschaftsbetriebe machen ihre Standortfrage auch zunehmend von umweltschonenden Mobilitätsvorsetzungen abhängig.“

Abgesehen davon, dass der Umstieg aufs Elektrofahrrad nur dann einen CO₂-reduzierenden Beitrag liefert, wenn er vom Auto erfolgt, aber eben nicht beim Umstieg vom Fahrrad aufs E-Bike, ist die Begründung genauso optimistisch wie im Kern richtig.

Aber: Was ist eigentlich eine Fahrradstraße, wie sie die CDU in Punkt 2 fordert?

Die in Fahrradstraßen geltenden Vorschriften sind in der StVO (siehe lfd. Nr. 23) geregelt. Danach beträgt die zugelassene Höchstgeschwindigkeit 30 km/h. Das nebeneinander Fahren mit Fahrrädern ist erlaubt. Auch dann, wenn Kraftfahrzeuge dadurch nicht überholen können. Kraftfahrzeugführer haben dann ihre Geschwindigkeit an den Radverkehr anzupassen.



Kraftfahrzeuge dürfen Fahrradstraßen nicht benutzen, es sei denn, dies ist durch ein Zusatzzeichen angezeigt. Sind Kraftfahrzeuge zulässig, so sind sie lediglich geduldet und haben sich an den Radverkehr anzupassen. Ein Überholen ist nur zulässig, wenn ein seitlicher Sicherheitsabstand von 1,50 m eingehalten werden kann.

Für Celle wäre es eine kleine Revolution, wenn wirklich ein relevanter Anteil der Straßen als „Fahrradstraße“ ausgewiesen würde. Ein schöner Anfang wäre, den gesamten Altstadtbereich als „Fahrradstraße“ auszuweisen – selbstverständlich zunächst unter Zulassung des KFZ-Verkehrs. (Dafür könnte vielleicht ja auch „Critical Mass“ mal wiederbelebt werden.)

Den „Fahrradexpressweg“, wie ihn die CDU unter

Punkt 3 fordert, gibt es in dieser Begrifflichkeit in der Straßenverkehrsordnung gar nicht. Benutzt wird er nur in einigen wenigen Städten und Gemeinden, darunter Köln. Dort beschreibt eine Bürgerinitiative das Konzept so:

„Ziel des Projekts ist, das vorhandene innerstädtische Radwegenetz durch übergeordnete RadExpressWege zu ergänzen. RadExpressWege sind markierte und beleuchtete Schutzstreifen für Radfahrer, die so breit wie eine Autofahrspur sind. Sie sind mindestens fünf Kilometer lang, haben Vorfahrt an Kreuzungen und erste Priorität im Winterdienst. RadExpressWege sollen auf bereits bestehenden Autostraßen eingerichtet werden.“

Derart paradiesische Zustände kann die Celler CDU nicht meinen, also geht es ihr wahrscheinlich um „Radschnellwege“. Was in den Niederlanden und in Belgien tatsächlich schon zum Standard gehört, ist in Deutschland überwiegend erst im Planungsstadium. In Niedersachsen gibt es ein Pilotprojekt in Göttingen.

Konzeptionell sollen Radschnellverbindungen wenigstens fünf Kilometer lang sein und Geschwindigkeiten von mindestens 30 km/h erlauben. Die Breite bei Zweirichtungswegen sollte erlauben, dass zwei Fahrräder nebeneinander fahren und ohne Störung durch ein drittes Fahrrad überholt werden können bzw. Gegenverkehr möglich ist.

Angesichts der nicht unbeträchtlichen Baukosten wären in Celle sinnvollerweise andere Prioritäten abzuarbeiten – aber sich mal an eine Pilotplanung zu machen, die die Anbindung einer Landkreisgemeinde, z.B. Winsen oder Lachendorf ins Auge fasst, wäre spannend.



Konflikt auf der Straße: Der Fahrradkrieg - Wem gehört die Stadt?

Die Initiative „Land in Sicht – Transition (LIST)“ zeigt am Donnerstag, den 20. April, um 19.30 Uhr, im Kino achteinhalb Ausschnitte aus der 45-minütigen SWR-Dokumentation „Fahrradkrieg“, um anschließend mit den Besucher*innen in eine Diskussion über Celles Zukunft als Fahrradstadt einzusteigen. Als Experten eingeladen sind Jörg Frohner, Fahrradbeauftragter der Stadt Celle (angefragt), und Claus Stahl vom „Allgemeinen deutschen Fahrrad-Club“ (ADFC).

Die Dokumentation des SWR-Autors Claus Harnischdörfer behandelt die Frage: Wem gehört die Stadt? Radler*innen beklagen sich über rücksichtslose Autofahrer*innen. Fußgänger*innen und Autofahrer*innen empören sich über „Rambo-Radler“, die Sonderrechte für sich in Anspruch nehmen.



Einer der Protagonisten des Films ist Alban Manz aus der Autostadt Stuttgart. Er fordert die Umprogrammierung der Städte. Denn etwa in der Staumetropole und Feinstaubhochburg Stuttgart seien die Verkehrswege immer noch vor allem für die Belange der Autofahrer konzipiert. Das Argument, dass Stuttgart wegen Kessellage und Bergen für den Radverkehr ohnehin nicht taugt, lässt er nicht gelten. Denn mit Pedelecs und Elektrofahrräder seien auch steile Straßen mühelos zu bewältigen. Radlern müsse daher im Verkehr mehr Raum zugewiesen werden.

Tatsächlich fehlt in vielen Städten die passende Infrastruktur. Radwege brechen unvermittelt ab oder werden von Kraftfahrern nicht respektiert. Deshalb kämpft Alban Manz gegen parkende Autos auf Radwegen, initiiert Rad-Demos und träumt von einer Zukunft wie sie heute schon in Münster oder Amsterdam existiert. Dort sind mehr Räder als Autos in den Straßen unterwegs. Der Film zeigt, welche Form der Stadtentwicklung dies möglich macht und fördert.

Linke fordert den Kreistag auf, ein Sozialticket einzuführen

Sozialticket gegen Mobilitätsarmut

Wird im Bundestagswahlkampf tatsächlich die „soziale Frage“ wieder zum Thema? Es ist mehr als dringlich, denn die Rede darüber, wie gut es „uns“ in Deutschland geht, hat in den letzten Jahren vor allem eins bewirkt: Armut und ihre Folgen sind kaum noch Bestandteil öffentlicher Diskussionen. Wer in Armut lebt, so erzählt es uns die neoliberale Ideologie, ist selbst schuld. Schon einige wenige Zahlen aus dem Landkreis Celle müssten die politisch Verantwortlichen aufscheuchen – aber sie tun es bisher nicht. 17 Prozent der Kinder und 12,1 Prozent der Jugendlichen sind im Landkreis von Armut betroffen. In der Stadt Celle liegt die Quote laut „Sozialbericht“ der Bertelsmann-Stiftung noch einmal erheblich höher: 24,7 Prozent der Kinder, also jedes vierte Kind, und 18,7 Prozent der Jugendlichen, also jeder sechste Jugendliche, leben in Familien die als arm gelten. Kein Wunder bei den knapp 15.000 Menschen im Landkreis Celle, die von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II (also „Hartz IV“) abhängig sind. Eine große Gruppe stellen dabei die Alleinerziehenden.



Die Armut hat unterschiedliche Konsequenzen: Von einer Chancengleichheit in der Bildung und einer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben kann nicht die Rede sein. Aber auch ein neuer Begriff findet in den letzten Jahren Verwendung: Mobilitätsarmut. Die Verkehrsplanerin Diana Runge hat diese so definiert: „Mobilitätsarmut bedeutet die verringerte Möglichkeit zur Verwirklichung vorhandener Mobilitätsansprüche und –bedürfnisse, die zu einer Benachteiligung der Betroffenen in anderen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens führt.“ Dabei gibt es verschiedene Ebenen: Zum Beispiel ist es nicht möglich überhaupt oder in einem angemessenen Zeitrahmen von einem Punkt A zu einem Punkt B zu kommen. Oder die Personen sind körperlich oder geistig nicht in der Lage, vorhandene Verkehrsmittel zu nutzen.

Schließlich gibt es aber auch eine finanzielle Ebene: Die Betroffenen können sich die notwendige oder gewünschte Bewegung finanziell nicht leisten. Mobilität aber ist, auch darauf weist Runge hin, „ein wichtiger Faktor der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Integration von Menschen und Gruppen [...]“. *Mobilitätsarmut kann im Umkehrschluss zu verstärkter sozialer Ausgrenzung führen.*“

Auf der finanziellen Ebene sind die Probleme eigentlich leicht zu verringern. In verschiedenen Städten und

Regionen gibt es das sogenannte „Sozialticket“. In der Regel erhalten dabei Empfänger*innen von bestimmten sozialen Leistungen die Fahrkarten des jeweiligen Verkehrsverbundes zum halben Preis. Ein solches Sozialticket für Stadt und Landkreis Celler hat jetzt Behiye Uca (Die Linke) im Kreistag beantragt (siehe Kasten).

Vor acht Jahren hatten Andreas Hauptmeyer und Wolf Wallat schon einmal die Einführung eines Sozialtickets gefordert. Sie fanden im Sozialausschuss die Vertreter*innen von SPD und Bündnis '90/Die Grünen auf ihrer Seite. Die Mehrheitsfraktion aus CDU/WG aber lehnte den Antrag ab; ihr Argument: die defizitäre Haushaltslage. Letztere sieht inzwischen für den Kreis ja einigermaßen rosig aus – und vor allen Dingen ist überhaupt nicht gesagt, dass die Einführung eines Sozialtickets in großem Umfang subventioniert werden müsste.

Der Antrag von Behiye Uca ist insoweit vielleicht jetzt für die Mehrheitsfraktion im Kreistag diskussionsfähig, als vor der endgültigen Abstimmung eine Klärung der voraussichtlichen Kosten mit dem Busunternehmen CeBus stattfinden soll.

Die Leistungen nach dem SGB II wie auch die Grundversicherung im Alter nach dem SGB XII sind berechnet auf Grundlage der statistisch gemessenen Konsumausgaben nach der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS). Aktuell erhalten alleinlebende Personen monatlich (neben der Erstattung der angemessenen Miete und Heizkosten) 409 Euro. Ehepaare erhalten aktuell je 368 Euro. Bei Jugendlichen und Kindern staffeln sich die Beträge von 311 Euro über 291 Euro bis zu 237 Euro. In diesem Regelsatz ist auch ein Betrag für „Verkehr“ enthalten – und zwar aktuell für eine alleinlebende Person 25,77 Euro monatlich. Selbstverständlich wird davon ausgegangen, dass Ausgaben für einen PKW oder ein Motorrad nicht regelbedarfsrelevant sind. „Stattdessen wird“, so heißt es in einer Bundestagsdrucksache, „von der Nutzung von Fahrrädern (Verbrauchsausgaben für Kauf, Ersatzteile, Wartung/Reparatur) sowie der Nutzung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und beziehungsweise von anderen öffentlichen Verkehrsmitteln in Form des Schienenverkehrs ausgegangen.“ Für einen „Urlaubsreiseverkehr“ findet sich nichts im Warenkorb.

Was lässt sich unternehmen mit knapp 26 Euro? Die meisten Kilometer würden sich mit einem Niedersachsenticket machen lassen, denn das kostet zur Zeit 23 Euro. Die Grenzen Niedersachsens lassen sich dafür nicht einmal mehr am Wochenende verlassen, denn das „Schönes-Wochenende-Ticket“ der Bahn kostet inzwischen für die erste Person 40 Euro. Im Landkreis lassen sich immerhin einige Fahrten bewerkstelligen. Aber schauen wir mal ins Detail: Eine einfache Fahrt von

Fassberg nach Celle kostet 7,70 Euro – sparen lässt sich mit der 4er-Karte, die 26,10 Euro kostet; d.h.: zweimal im Monat ab nach Celle. Für Südwinsen kostet das 4er-Ticket nach Celle 13,50 Euro; damit lässt sich dann schon eine Fahrt pro Woche machen. Im innerstädtischen Verkehr kostet die 4er-Karte für Erwachsene 6,60 Euro; damit lassen sich also insgesamt acht Fahrten pro Monat machen.

Die wunderbare Warenkorb-Welt hat mit der wirklichen Welt aber nur wenig zu tun. Der fahrradfahrende 55-jährige Langzeiterwerbslose wird in Celle nur selten den ÖPNV nutzen, die alleinerziehende Mutter mit kleinen Kindern dagegen häufiger. Und da geht es dann eben z.B. in den Sommerferien richtig ans Portemonnaie, wenn die Kinder mal ins Freibad wollen – also zum Eintrittspreis dann noch die Fahrtkosten dazu kommen. Und für Menschen aus dem Landkreis ist jede Fahrt in die Kreisstadt auch von den Kosten her eine Sache, die geplant und überdacht werden will.



In einer idealen Welt gäbe es im ÖPNV deshalb den Nulltarif. In einer Welt, die gesellschaftliche Mehrheiten höchstens dafür kennt, die Risiken und Nachteile von Armut abzumildern, hilft das Sozialticket. Als Standard hat sich dabei ein Modell etabliert, dass einfach für jeden Tarif (Einzel- oder Mehrfachfahrtschein, Wochen- oder Monatskarte) einen Sozialtarif in Höhe von 40 - 50 % der Kosten vorsieht. Verwaltungstechnisch ist das in Hannover so geregelt, dass zum Fahren mit den ermäßigten Fahrkarten, die normal am Schalter gezogen werden können, die sogenannte „Region-S-Karte“ erforderlich ist. Diese Karte wird ausgestellt vom Jobcenter oder dem Sozialamt der Gemeinde – und zwar für den Zeitraum des Leistungsanspruchs. In Hannover wird sie automatisch mit dem jeweils neuen Bescheid zugestellt. Der Verwaltungsaufwand ist vergleichsweise gering.

nisch ist das in Hannover so geregelt, dass zum Fahren mit den ermäßigten Fahrkarten, die normal am Schalter gezogen werden können, die sogenannte „Region-S-Karte“ erforderlich ist. Diese Karte wird ausgestellt vom Jobcenter oder dem Sozialamt der Gemeinde – und zwar für den Zeitraum des Leistungsanspruchs. In Hannover wird sie automatisch mit dem jeweils neuen Bescheid zugestellt. Der Verwaltungsaufwand ist vergleichsweise gering.

Berechtigt ist in Hannover, wer

- laufende Leistungen nach dem SGB XII erhält (vom Sozialamt);
- Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld nach dem SGB II erhält (vom Jobcenter);
- laufende Grundleistungen und Leistungen in besonderen Fällen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erhält (vom Sozialamt);
- laufend ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe zur Pflege nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) erhält (von der Region Hannover);

- als Kind in einer Bedarfsgemeinschaft lebt und wegen des Kinderwohngeldes keine Leistungen vom Jobcenter erhält;
- in einer Bedarfsgemeinschaft lebt, und wegen der Rente keine Leistungen vom Jobcenter erhält.

Eine derartige Berechtigungskarte könnte auch in einigen anderen Bereichen genutzt werden. In Hannover etwa ist der Besuch des Zoos mit der Karte günstiger. In der Stadt Celle gibt es schon einige Vergünstigungen, z.B. im Theater oder der Stadtbibliothek, wo aktuell der jeweils gültige Leistungsbescheid vorgelegt werden muss. Nicht ganz zu unrecht scheut der eine oder die andere davor zurück.

Aber welche Kosten kommen auf den Landkreis zu? Da wäre zunächst einmal zu überlegen, wo zusätzliche Kosten entstehen. CeBus wird höchstwahrscheinlich keine zusätzlichen Busse einsetzen müssen. D.h.: Durch die Abwicklung des Verkehrs entstehen keine Mehrkosten. Zu kompensieren wären also Einnahmeverluste, die dadurch entstehen, dass Fahrten, die bisher zum vollen Preis absolviert wurden, künftig nur noch den halben Erlös bringen. Da allerdings wäre eine Gegenrechnung aufzumachen. Für den Fall, dass der Kreis der Berechtigten künftig den ÖPNV doppelt so häufig in Anspruch nimmt wie aktuell, hätte CeBus keinerlei Verlust. Und würden Fahrten mit dem Sozialticket noch häufiger genutzt, ergäbe sich für CeBus sogar ein zusätzlicher Gewinn. Nun gibt es aber ein Problem: Niemand weiß, wie viele Fahrten aktuell von potenziell Sozial-Ticket-Berechtigten durchgeführt werden. Und da CeBus ein gewinnorientiertes Privatunternehmen ist, wird es wahrscheinlich erforderlich sein, eine neutrale Erhebung durchzuführen. Nutzer*innen müssten also befragt werden, ob sie berechtigt wären, ein Sozialticket zu beanspruchen? Da aber kann sich die Kreisverwaltung sicher an bundesweiten Erfahrungen orientieren. Denn Hannover ist keine Ausnahme. In Baden-Württemberg und in Nordrhein-Westfalen gehört das Sozialticket in vielen Städten und Regionen inzwischen zum Standard.

Wichtig wäre, wenn sich der Fahrgastbeirat der CeBus, die Sozialverbände und auch der Stadtrat oder einzelne Gemeinderäte positiv zu dem Vorschlag der Einführung eines Sozialtickets verhalten würden.

Quellen:

Runge, Diana: Mobilitätsarmut in Deutschland? Schriften des Fachgebietes Integrierte Verkehrsplanung des Institutes für Land- und Seeverkehr an der Technischen Universität Berlin. Berlin 2005.

<http://www.hannover.de/Leben-in-der-Region-Hannover/Mobilit%C3%A4t/Bus-Bahn/Fahrpreise-Tarife/Sozialtarif/Region-S-Karte>

Sozialbericht. Ein Baustein des Wegweisers Kommune - für Stadt und Landkreis Celle erstellt über <http://www.wegweiser-kommune.de/kommunale-berichte>

Deutscher Bundestag - Drucksache 17/3404 vom 26.10.2010 – Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU/CSU und FDP Entwurf eines Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch

„Spart Kosten, da das Ergebnis grundsätzlich absehbar ist.“

Nigges Personalpolitik nach Gutsherrenart

Es ist nur zu verständlich, wenn ein neuer Chef sich mit einigen Vertrauten umgeben will. Nur gibt es andererseits Regeln, die das auf der Ebene einer Stadtverwaltung nicht so einfach macht wie etwa in einem Ministerium. Kritisch beäugt, stolperte sich Celles neuer Oberbürgermeister dann noch vor seinem eigentlichen Amtsantritt über eine Personalfrage ins Amt.

Jörg Nigge wünschte sich als persönlichen Referenten Heiko Richter, bisher zuständig für „Wirtschaftsförderung“ und „Glücksspiel“ (das war so dem Internetauftritt der Stadt zu entnehmen). Verwaltungsintern gab es durchaus einige Mitarbeiter*innen, die gern Richters Schreibtisch übernommen hätten. Aber Nigge hatte einen externen Kandidaten im Auge; dabei handelt es sich um Lukas Nott, beschäftigt im Wahlkreisbüro des CDU-Landtagsabgeordneten Thomas Adasch. Nott hatte, wie der CZ zu entnehmen war, während Nigges Wahlkampf auf Minijobbasis dessen Termine organisiert. Damit Nott überhaupt hätte zum Zuge kommen können, sollte die Stelle ausgeschrieben werden. Und da der Kandidat nicht unbedingt ein ausgewiesener Wirtschaftsförderungsexperte ist, wurde die Ausschreibung auf sein Profil zugeschnitten: *„Idealerweise verfügen Sie über ein Hochschulstudium mit einem besonderen Schwerpunkt im Bereich der Kommunikation, so dass interne und externe Kommunikations- und Moderationsfähigkeit, begleitet durch Hintergrundwissen, zu Ihren herausragenden Eigenschaften zählt.“* Das nun wiederum schmeckte dem scheidenden Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende wegen des damit verbundenen „Geschmäckles“ gar nicht. Er stoppte die Schaltung der Anzeige.

Richtig problematisch wurde die Angelegenheit aber eigentlich erst, als sie ins Licht der Öffentlichkeit gezogen wurde und die Strippenzieher nicht gerade durch ihre Kommunikationsfähigkeit glänzten. Jörg Nigge äußerte gegenüber der CZ: *„Insgesamt stimmt dieser amateurhaft konstruierte Zusammenhang sehr traurig: Es wird durch die Äußerung von Mende signalisiert, dass die von ihm geführte Verwaltung nicht in der Lage ist, Stellenausschreibungen selbst zu erstellen. Mit mir ist sie zumindest inhaltlich in keinsten Weise abgestimmt worden.“* (CZ, 08.02.2017) Der Erste Stadtrat und zuständige Personalchef Thomas Bertram äußerte gegenüber der CZ einen Tag später: *„Einen Ausschreibungstext habe ich im Übrigen nicht mit Dr. Nigge abgestimmt.“* (CZ, 09.02.2017)

Dumm nur, dass verwaltungsinterne Emails das Gegenteil belegen.

Der Fachdienstleiter Jockel Birkholz unterrichtete Mende am 24. Januar wie folgt: *„Anfang letzte Woche erhielt ich von Herrn Bertram die Nachricht, dass für die Besetzung der Stelle WiFö (Nachfolge Richter) Herr*

Nott in Erwägung gezogen werde. Parallel dazu informierte mich Herr Röper darüber, dass er in einem Gespräch mit Dr. Nigge [...] erfahren habe, dass Herr Richter als persönlicher Referent vorgesehen sei und er für die nachfolgende bereits einen Kandidaten habe, der sich auch auf eine Ausschreibung bewerben würde. Die Ausschreibung wurde daraufhin von mir in Kooperation mit Herrn Röper und Herrn F. erstellt und zwischen Herrn Dr. Nigge und Herrn Bertram abgestimmt. Vorgehen war eine zeitnahe Ausschreibung, damit kurzfristig eine Einstellung erfolgen kann, um die Personalie Richter zu kompensieren. Insofern wurde auch die anonyme Ausschreibung verworfen.“

Ein Mailverkehr zwischen Birkholz und Bertram scheint dies zu bestätigen. Am 19. Januar schrieb um



15:19 Uhr zunächst Birkholz an Bertram: „Wir haben das Anforderungsprofil angepasst, so dass Verwaltungsfachleute nicht angesprochen werden. Intern sehen wir im Übrigen niemand. So verkaufe ich es auch dem Personalrat, zusätzlich mit dem Argument, dass es eine Neuausrichtung der WiFö geben soll. Ich schlage vor, es nur in der CZ und interamt und natürlich auf unserer homepage auszuschreiben. Spart kosten, da das Ergebnis grundsätzlich absehbar ist. Als Bewerbungsfrist sehe ich 3 Wochen als angemessen an. Kürzere Fristen erzeugen Argwohn. Sollte es die diskutierte Person werden, muss sich Dr. Nigge auf Fragen aus dem politischen Raum einstellen. [...] Bitte besprechen Sie es mit Herrn Dr. Nigge. Herr Mende sollte m.E. ebenfalls informiert werden.“ Bertram antwortete um 16:34 Uhr: „[...] ich habe den Text noch etwas modifiziert, und auf die Vorstellungen von Herrn Dr. Nigge etwas angepasst.“

The Return of the „Gutsherrenart“ – und wie hat die CDU doch die Verwaltungs-, Führungs- und Wirtschaftskompetenz ihres neuen Strahlemanns im Wahlkampf angepriesen. Die Fassade hat weitere Risse bekommen. CDU-Fraktionschef Gevers versucht das Ganze als „skurriles Skandalchen“ herunterzukochen. Der CDU-Landtagsabgeordnete und Arbeitgeber des Wunschkandidaten sah ein „politisches Schmierentheater“. Gunter Meinrenken aber kommentierte für die CZ drastisch und auf den Punkt: „[...] das Neue Rathaus als Selbstbedienungsladen der CDU. [...] Diese Vetternwirtschaft ist eine Beleidigung aller Wähler, insbesondere derjenigen, die Nigge ihre Stimme gegeben haben.“ (CZ, 08.02.2017) Wohl etwas zu hart, denn drei Tage später sah Chefredakteur Ralf Leineweber – wenn auch mit mahnendem Finger in Richtung Nigge – vor allem „Grabenkämpfe“, die zum Wohle unserer Stadt beendet werden müssten.

Haushaltsfragen in Stadt und Landkreis Minus in der Stadt, Plus im Kreis

„Knetief in Dispo“ ist nach wie vor die beste Beschreibung der Situation des städtischen Haushalts. Kurz bevor Anfang März nach langen Jahren ein Haushalt mit „schwarzer Null“ verabschiedet werden sollte, erwies sich das Ganze als Luftschloss. Drei Faktoren sind dafür ausschlaggebend, dass nun auf einmal wieder Millionen fehlen.

1.) Bei der Gewerbesteuer fließen 2,1 Mio. Euro weniger als eingeplant. Der betreffende Steuermessbescheid beziehe sich auf ein Unternehmen im Energiesektor, heißt es offiziell. Inoffiziell fällt dann auch mal das Stichwort: „Fusionsbetrieb“. Es dürfte sich also um Baker Hughes handeln, dessen Übernahme durch General Electric anscheinend dafür sorgt, dass Celles größter Industriebetrieb künftig keine Gewerbesteuer mehr zahlt. Sollte es tatsächlich so sein, wäre es gravierend.

2.) Städte müssen Pensions- und Beihilferückstellungen bilden. Die Größenordnung wird durch die Niedersächsische Versorgungskasse ermittelt und ist zwingend im Haushalt

einzustellen. Und da kam dann Anfang Februar schon eine Berechnung, die für das Jahr 2017 einen Mehrbetrag von 1,7 und für das Jahr 2018 von 1,5 Mio. Euro vorsieht.

3.) Mit dem Steuersparmodell Congress Union ist es nach einer Steuerprüfung vorbei. Die Stadt muss voraussichtlich 3,75 Mio. ans Finanzamt zahlen. Das nämlich ist seit längerem der Auffassung, dass der Steuerspartrick rund um die Union nicht zulässig ist. Vereinfacht gesagt war es ja so: Die Stadt hat ihr Energieaktienvermögen in die Union eingelegt. Den daraus resultierenden fetten Dividenden wurden dann die fetten Verluste der Union gegengerechnet, so dass unterm Strich nichts übrig blieb, weshalb dann aber eben keine Steuern auf die Dividende gezahlt werden musste.



Das heißt jetzt: Der Haushalt 2017 muss wie auch in den letzten Jahren mit einem sogenannten Haushaltssicherungskonzept (HSK) versehen werden. Darin muss dargestellt werden, mit welchen Maßnahmen man aus den roten Zahlen herauskommen will. Und das heißt auch: Es wird erneut nach Verbesserungen der Einnahmen gesucht, und es wird geschaut, wo Ausgaben gekürzt werden können.

Fast einstimmig verabschiedet wurde der Haushalt des Landkreis vom Kreistag, einzig Behiye Uca (Die Linke) hob gegen das Zahlenwerk die Hand. Die Eintracht kommt zustande, weil die Haushaltssituation vergleichsweise entspannt ist. Im Ergebnishaushalt, vereinfacht gesagt: der laufenden Verwaltung, konnte ein Überschuss von 7,8 Mio. Euro erzielt werden. Vor diesem Hintergrund hatte sich der Kreistag gegenüber den Städten und Gemeinden mal „großzügig gezeigt“: Die Kreisumlage wurde von 51 auf 50,5 % gesenkt. Von fast allen Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen der Gemeinden sichert sich der Kreis jetzt also 0,5 %-Punkte weniger. Zusätzlich wurde die Kofinanzierung des Personals in den Kindertagesstätten von 20 auf 25 % angehoben. Und sogar bei der Erstattung der Beförderungskosten für Schüler*innen war der Kreistag bereit, die Entfernungen zu senken, ab denen erstattet wird – was Mehrkosten von rund 500.000 Euro verursacht. Der Überschuss im Ergebnishaushalt reicht aber nicht aus, um die Investitionen zu finanzieren. Die Nettoneuverschuldung beläuft sich auf knapp 8 Mio. Euro.

Teurer Einsatz schürt Ressentiments

Mit einem Großeinsatz machte die Polizei Mitte Februar die Flüchtlingsunterkunft an der Hohen Wende zu einem bundesweiten Aufreger. Die BILD titelte: „Razzia in Flüchtlingsunterkunft“. Mit mehr als 100 Beamt*innen wurde die Außenstelle der Landesaufnahmebehörde Braunschweig umstellt. Laut Pressemitteilung der Polizei ging es „um die Vollstreckung von Durchsuchungsbeschlüssen sowie mehrerer Haftbefehle. Hintergrund sind Verfahren wegen des Verstoßes gegen das Betäubungsmittelgesetz, Eigentumsdelikten sowie ein Verfahren wegen Landfriedensbruches.“

Das Ergebnis war eher dürftig, die Inszenierung dagegen umso aufwändiger. So waren schon beim „Eintritt“ auf das Gelände Medien filmend dabei. Unbefangene Beobachter*innen konnten sich deshalb nicht des Eindrucks erwehren, dass es sich um eine Revanche-Aktion handelte. Denn was war der Auslöser? Darauf ging die Polizei in ihrer abschließenden Pressemitteilung ein:

„Zudem sollten die Personalien von beteiligten Personen und Zeugen zu einem vorhergegangenen Landfriedensbruches festgestellt werden. Hier waren Ende Januar zunächst zwei Personengruppen untereinander aus unbekannter Ursache in Streit geraten. Nach Eintreffen der hinzugerufenen Polizeibeamten schlug die zuvor schon aggressive Stimmung um und die beiden Gruppen solidarisierten sich, so dass es zu körperlichen Übergriffen und verbalen Anfeindungen gegenüber den Beamten kam.“

Dass man zur Feststellung von Personalien in einer Aufnahmeeinrichtung des Landes tatsächlich einen derartigen Aufwand betreiben muss, ist wenig plausibel. Eine einfache Anfrage bei der Landesaufnahmebehörde hätte ausgereicht.

Das Ergebnis war unterm Strich mehr als dünn: Geringe Mengen an Betäubungsmitteln wurde aufgefunden; geringe Mengen sind so definiert, dass von einer Strafverfolgung abgesehen werden kann – und in der Regel auch wird.

Für besondere Aufregung sorgte anschließend, dass fünf bestehende Haftbefehle nicht vollstreckt wurden. Der Landtagsabgeordnete Thomas Adasch (CDU) wollte auf Welle ressentimentgeladener Facebook-Kommentator*innen reiten und fragte die Landesregierung:

„Warum wurden die gegen fünf Personen vorliegenden Haftbefehle nicht vollstreckt?“

Die Antwort ergab folgendes: Es handelt sich um Menschen trotz Wiedereinreisesperre erneut ins Bundesgebiet eingereist sind und erneut einen Asylantrag gestellt haben. Beim Delikt dürfte es sich also um die „illegale“ Wiedereinreise handeln. Wörtlich heißt es dann weiter: „Für die Dauer der Prüfung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, ob aufgrund der Asylfolgeanträge ein weiteres Asylverfahren durchzuführen ist, werden aufenthaltsbeendende Maßnahmen nicht vollzogen. Aufgrund der sich aus § 71 Abs. 2 Satz 2 Asylgesetz (AsylG) ergebenden Verpflichtung verblieben die Personen in der Einrichtung „Hohe Wende“.“

Frühestens nach einer negativen Entscheidung über das Asylbegehren und Ausschöpfung des Rechtswegs könnten sie also abgeschoben werden.

Warum sind die Flüchtlinge überhaupt wieder eingereist? Vielleicht wurden sie vorher nach Italien, Bulgarien oder Spanien abgeschoben, weil sie nach der Dublin-Verordnung ihre Asylanträge dort verfolgen müssen, wo sie im Schengen-Raum das erste Mal registriert wurden. Die Flüchtlinge nehmen sich dagegen das „Recht“ heraus, selbst bestimmen zu wollen, wo sie leben. (Das allerdings ist in der freiesten der Welten nicht vorgesehen.)

Viel wichtiger aber ist doch folgendes: Menschen in Haft zu nehmen, ist ein tiefgreifender Einschnitt in die Freiheitsrechte. Dafür braucht es Gründe. In den diskutierten Fällen ist es doch wohl so: Der Staat weiß jetzt (wieder), wo die betreffenden Personen sich aufhalten. Eine Fluchtgefahr ist zu verneinen, da die Personen



einen Asylantrag gestellt haben. Das Ganze hat was zu tun mit dem Rechtsstaatsprinzip und unterscheidet insofern demokratische Staaten mit Gewaltenteilung von Diktaturen. Und wenn dann in Facebook-Kommentaren nach dem Rechtsstaat gerufen oder an ihm gezweifelt wird (wie in einigen Zeitungskommentaren), geschieht dies in der Regel mit einem Verständnis, das Grundrechte gern ausgehebelt sähe.

Aus etwas distanzierter Perspektive liegt der Schluss nahe: „Außer Spesen nichts gewesen.“ Eine linke Opposition im niedersächsischen Landtag hätte mit einer detaillierten Anfrage den Versuch unternehmen können herauszufinden, ob der betriebene Aufwand verhältnismäßig war. Aber es gibt keine linke Opposition.

Und auf den Zweck der Aktion wies am nächsten Tag Volker Goebel in einem Kommentar in der HAZ hin: „In Celle stürmen 100 Polizisten ein Flüchtlingsheim, um den Straftaten einer Handvoll Kleinkrimineller nachzugehen. In Göttingen werden bei einem Großeinsatz zwei potenzielle islamistische Terroristen festgenommen – bereits eine Woche später steht fest, dass sie aus Deutschland ausgewiesen werden. [...] All die Beispiele zeigen, dass man hierzulande neuerdings im Umgang mit Flüchtlingen auch auf eine Politik der harten Hand setzt – und das gerne zeigt.“

In der öffentlichen Sitzung des städtischen „Betriebsausschusses Zuwanderungsagentur“ wurde am 13. Januar über die Belegung in der Außenstelle der Landesaufnahmebehörde an der Hohen Wende informiert. Mitte Januar leben 133 Personen dort, davon waren 43 Personen jünger als 18 Jahre. Die Herkunftsländer zeigen, dass sich kaum jemand Hoffnungen auf einen positiven Ausgang des Asylverfahrens machen kann: 3 Personen kamen aus Albanien, 4 aus Algerien, 9 aus Bosnien und Herzegowina, 1 aus der Elfenbeinküste, 1 aus Georgien, 2 aus Ghana, 27 aus Guinea, 8 aus dem Iran, 1 aus Kosovo, 1 aus dem Libanon, 3 aus Liberia, 2 aus Mali, 12 aus Marokko, 10 aus Mazedonien, 20 aus Montenegro, 4 aus der Russische Föderation, 18 aus Serbien, 5 aus dem Sudan, 1 aus Syrien, 1 Person war staatenlos. Die Landesaufnahmebehörde Braunschweig scheint also vor allem Personen nach Celle auszulagern, die bei endgültig negativem Ausgang ihrer Verfahren von hier abgeschoben werden sollen.

Elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge ab gelehnt

Nach Behandlung im Sozialausschuss lehnte der Kreisausschuss im Februar die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte gegen die Stimmen von SPD und Bündnisgrünen ab. Die Verwaltung argumentierte mit aus ihrer Sicht steigenden Kosten und möglichem Leistungsmissbrauch.

Vor einem Jahr hatte die rot-Grüne Landesregierung den rechtlichen Weg freigemacht zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge; die Entscheidung darüber aber den Kreisen und kreisfreien Städten überlassen. Bisher hat nur die Stadt Delmenhorst hiervon Gebrauch gemacht.

Der Landesregierung geht es um eine menschenwürdige, diskriminierungsfreie medizinische Versorgung. Zum bisherigen Verfahren merkte der Niedersächsische Flüchtlingsrat an: „[Es] zwingt die Flüchtlinge, vor einem Arztbesuch zunächst beim Sozialamt um die Ausstellung eines Krankenscheins zu bitten. Dieses Verfahren ist nicht nur umständlich, kostenintensiv und demütigend, es führt auch oftmals zu einer empfindlichen Verzögerung einer Behandlung, was in etlichen Fällen zu einer Verschlimmerung der Symptome, in wenigen Fällen sogar zu lebensgefährlichen Situationen geführt hat. Im deutschen Sozialstaat darf Gesundheit kein Gnadenakt sein, es muss einen Anspruch auf eine angemessene und zeitnahe Behandlung für alle geben.“

Das sieht eine Mehrheit der Kreistagsabgeordneten in Celle anders.

Sammelt Bundeswehr für Islamisten?

Unter Schirmherrschaft des Bundestagsabgeordneten Henning Otte (CDU) veranstaltete der Verein "Lachen helfen e.V." ein Benefizkonzert in der CongressUnion. Als "Die Glorreichen Drei" spielten dort am 18. März das Orchester der Bundespolizei Hannover, der Landespolizei Niedersachsen und das Heeresmusikkorps Hannover. Ausrichter war die Bundeswehr unter Führung des Standortältesten Celle. Der Erlös der Veranstaltung ist für ein Krankenhaus in Ariha, Syrien, bestimmt.

Auf der Internetseite zu Hilfsprojekten wird ausgeführt, dass „notleidende Kinder überall dort, wo deutsche Soldaten und Polizisten im Auslandseinsatz sind“, unterstützt werden. Die Soldaten und Polizisten würden den Bedarf kennen und sicherstellen, „dass mit den "Lachen Helfen" Spendengeldern ausschließlich unsere Hilfsprojekte realisiert werden.“

Diese Beschreibung passt nicht für ein Projekt in Syrien, dort sind weder deutsche Soldaten noch Polizisten im Einsatz. Die Organisation, die das Krankenhaus gegründet hat, ist Violet Organization Syria, sie hat Einrichtungen in den "Rebellen"-Gebieten Syriens und in der Türkei. Die Stadt Ariha ist laut Wikipedia seit Mai 2015 unter Kontrolle von Dschaisch al-Fatah, einem Bündnis islamistischer Rebellengruppen. Die größte Gruppe in diesem Bündnis ist Ahrar al-Scham, laut Generalbundesanwalt eine terroristische Vereinigung.

Wir können und wollen die Arbeit von Violet Organization gar nicht in Frage stellen; vielleicht aber hätten die Konzertbesucher*innen schon gern genauer gewusst, wohin ihre Spendengelder fließen.

Weniger Dankes-Events, mehr Unterstützung

Am Rande der Ausstellungseröffnung "A Mile in Their Shoes" im Neuen Rathaus übergaben Julia Dittel und Christine Deißner der Landesbeauftragten „für Migration und Teilhabe“ bei der niedersächsischen Landesregierung, Doris Schröder-Köpf, einen „Brandbrief“. Darin wird dokumentiert, was nach Auffassung vieler Ehrenamtlicher schlecht läuft bei der Integration von Flüchtlingen in Stadt und Landkreis Celle. Wir dokumentieren den Offenen Brief, der inzwischen viele Unterzeichner*innen gefunden hat, und gehen im Folgenden redaktionell auf einzelne Aspekte ein.

Wir, die in der Flüchtlingshilfe tätigen Ehrenamtlichen, machen eindringlich aufmerksam auf folgende Missstände:

- Unsere Hilfestellung bei der Integration in die Gesellschaft ist nach wie vor unbedingt erforderlich. Dies führt uns an unsere Grenzen.
- Sämtliche offiziellen Stellen sind aufgrund von Personalmangel oder fehlender Strukturen noch nicht in der Lage, die geflüchteten Menschen „alleine“ zu versorgen.
- Es fehlt an Abstimmung zwischen den verschiedenen Stellen. Das Einzige, was einstimmig geäußert wird ist: Dafür sind wir nicht zuständig.
- Es fehlt gerade den offiziellen Stellen an Orientierung; falsche Auskünfte sind an der Tagesordnung. Hohe Reibungsverluste.
- Ideen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt hinken der Realität noch weit hinterher.
- Es fehlt an bedarfsgerechter Aufklärung über berufliche Möglichkeiten in Deutschland.
- Es mangelt an Integrationskursen!!!
- Es mangelt an Kindergartenplätzen!!!
- Es mangelt an Unterstützung für die Schulen!!! Die Umsetzung der Inklusion stellt einen Großteil der Schulen bereits vor erhebliche organisatorische wie personelle Probleme. Zusätzlich muss seit 2015 eine große Zahl geflüchteter Kinder versorgt werden.
- Es mangelt an Sprachmittlern in Ämtern und Behörden!!!

Anders formuliert:

Wenn die neu zugezogenen Menschen zügig in den Arbeitsmarkt integriert werden sollen,

- müssen sie parallel zum Integrationskurs eine berufliche Orientierung erhalten.

- muss es viel mehr Integrationskurse geben.
- muss die Kinderbetreuung geregelt sein.
- muss das Jobcenter für einen reibungslosen Ablauf sorgen (Sprachmittler).
- müssen alle offiziellen Stellen einen Fahrplan erhalten. So wie es momentan (immer noch!) läuft, sind die Reibungsverluste unfassbar hoch.

Wir fürchten:

- dass die Last auf den Schultern der Ehrenamtlichen nicht geringer wird.
- dass sich viele Unterstützer zurückziehen müssen, da ihre Ressourcen aufgebraucht sind.
- dass es ein steigendes Akzeptanzproblem in der Gesellschaft geben wird.
- dass viele der Geflüchteten an den Anforderungen unserer Gesellschaft scheitern werden.
- dass die Politik allen Ernstes glaubt, alles läuft wunderbar!



Wir fordern:

Weniger Dankes-Events und realitätsferne Mutmach-Reden à la „Es läuft ja alles wunderbar!“

Mehr Unterstützung durch Standardisierung und klare Abfolgen.

Bundesweite Erhebung unter den ehrenamtlich Tätigen, um die Problemfelder zu identifizieren (praxisnah!).

Celle, 07.03.2017

Anmerkung zum Brandbrief

Ehrenamtliche werden zu politischen Akteuren

Mit ihrem „Brandbrief“ weisen die ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuer*innen auf Probleme hin, die von Verantwortlichen in Politik, Verwaltung und Institutionen gern kleingeredet werden. Dabei können jene Flüchtlinge, denen Ehrenamtliche zur Seite stehen, sich in der Regel noch glücklich schätzen. Denn erst mit deren Hilfe werden manche als unüberwindbar empfundene Hürden doch noch bewältigt.

Das eigentlich Spannende ist, dass sich die Ehrenamtlichen nicht länger auf ihr Kümmeren beschränken, sondern Klage erheben: Über ihre Erfahrungen mit einer Verhinderungs-Bürokratie – bestehend aus Bundesamt für Flüchtlinge und Migration (BAMF), Ausländerbehörden, Sozialämtern und Jobcentern. Immer wieder erleben sie, dass statt einer unbürokratisch-sozialen Lösung auf Verordnungen und Paragraphen verwiesen wird, die dem jeweiligen Einzelfall nicht gerecht werden.

Die Sprache der Bürokratie und der „Professionellen“ wird als Abschottung wahrgenommen, die das Soziale aus der Welt verschwinden lässt. Verursacht ist dies durch eine Vielzahl an Gesetzen, deren Ziel in der Regel eben auch Abschreckung ist und nicht Integration. Wer im Flüchtling den Menschen sieht, kann sich mit einer Differenzierung in Gruppen mit unterschiedlichen Rechten verständlicherweise nicht anfreunden.

Mit diesem „Brandbrief“ werden die Ehrenamtlichen zum gesellschaftlichen Akteur, statt sich weiter mit Dankes-Reden abspesen zu lassen. Die Reduzierung auf kostenlose Hilfskräfte wird partiell aufgekündigt.

Den Ehrenamtlichen geht es um das Gelingen von Integration. Und das Gefühl schleicht sich ein, dass dies oft nicht mit, sondern gegen die Bürokratie zu erkämpfen ist.

Die Verantwortlichen – auch in der Kommunalpolitik – sollten diese Kritik ernst nehmen und schnell für Verbesserungen sorgen.

Interessanterweise organisiert sich die Kritik parallel auch bundesweit. Im März war eine bundesweite Initiative mit dem Namen „Veto. Bündnis für mehr Menschlichkeit“ im Kanzleramt. Etwas vollmundig verkündete sie auf Facebook ihr Ziel: *„Um jedoch den Respekt von Integrationsverweigerern in der Bundesregierung zu erhalten, sie dazu zu bringen ihre menschenverachtende Flüchtlingspolitik endgültig abzustellen und in ihren Handlungen unser aller Grundgesetz nicht noch weiter auszuhöhlen, steht uns nun eine wirkungsvolle Möglichkeit zur Verfügung: Ein bundesweites Bündnis als Gewerkschaftsbund der ehrenamtlichen Deutschlands - VETO.“*

Flüchtlinge im LK Celle

Die unten stehende Statistik zeigt für die Landkreismunicipien (ohne Stadt Celle) den aktuellen Stand der hier lebenden Asylbewerber*innen auf. Die Tabelle ist eingeteilt, nach Geschlecht und den Alterskategorien 0-15 Jahre, 16-30 Jahre, 31-61 Jahre und älter. Daraus wird ersichtlich, dass 75 % unter 31 Jahre alt sind, und Zweidrittel der geflüchteten männlichen Geschlechts sind.

Zweidrittel der Menschen kommen aus drei Ländern: Afghanistan (234), Irak (229) und Syrien (206). Die nächstgrößte Gruppe kommt aus dem Sudan bzw. Südsudan mit zusammen 93 Menschen.

Stand 31.12.2017	Summe	M	W	M	W	M	W	M	W
		0 - 15		16 - 30		31 - 60		61 -	
Gem. Eschede	33	3	0	19	2	7	2	0	0
Gem. Faßberg	59	15	17	3	7	10	7	0	0
Loheide	11	3	2	3	2	0	1	0	0
Gem. Hambühren	118	8	8	71	14	15	2	0	0
Gem. Südheide	83	19	19	16	9	12	6	1	1
Gem. Wietze	85	9	8	39	10	16	2	0	1
Gem. Winsen	91	13	5	41	6	24	2	0	0
SG Flotwedel	87	22	14	17	11	10	13	0	0
SG Lachendorf	84	15	17	22	8	13	8	1	0
SG Wathlingen	166	33	17	48	19	28	19	0	2
Bergen	136	20	20	37	13	24	18	2	2
Summe	953	160	127	316	101	159	80	4	6

Im Wald und auf der Heide #17

Ein Schicksal in Walsrode



Wie jeden Tag, kurz bevor die Sonne blutrot im Westen versinkt, begeben sich Pinu'u ("ich bin ich"), der Virginia-Algonkin, und sein treues schwarzbuntes Milchpferd Pocahontas ("die, die alles durcheinanderbringt") auf das Vordach ihrer 4 Zi, Kü, Bad, Blk im "Mendoza" und überlegen zum wiederholten Mal - Autorität hin, Autorität her - ob sie die Straße nicht einfach bei Rot überqueren sollten.



Kunst - hier auch! 2017

Altstadt als Kunstraum

Viele kleine Einzelausstellungen in den Schaufenstern der Celler Altstadt von Künstlern aus Celle und Umgebung.

Das ist die Idee die hinter dem Namen „Kunst – hier auch!“ steht und 2011 sowie 2013 ein Riesenerfolg wurde.

Jetzt geht es wieder los – das „Kunst - hier auch!“-Team sucht Schaufenster und Künstler*innen, die Lust haben, an der Aktion 2017 teilzunehmen.

Die Ausstellung ist geplant vom 13.10. - 05.11.2017.

Künstler*innen und Geschäfte, die Interesse daran haben, diese Kunstaktion aktiv mitzugestalten, können sich bis zum 11.06.2017 melden unter:

e-mail: kunst-hier-auch@gmx.de

Pro Altstadt Neumarkt 4

Tel.: 0162-5923208 (Dawn Doneck)



Auf Rosen gebettete Burkaträgerin

Dies sind sehr kurze Geschichten, die erdacht wurden von den Gewinnerinnen des Wort-Bingo-Spiels auf dem Frauenspieleabend im Bunten Haus im Februar 2017. Vielen Dank für den tollen Abend an alle die da waren!

Die auf Rosen gebettete Burkaträgerin hob ihr Kopftuch mit der einen Hand, um ihren Augenbrauen Sonnenlicht zu gönnen. Ihre andere Hand war versteckt mit ihrer Klitoris beschäftigt.

Mit Highheels und Rock auf zum 8. März. Der Parcours führte erst mal zum Einkaufen, die Folgemilch vergessen – aber dann geht's ab!

Mit Rasierpickelchen in der Hose begegnete ich am 8. März beim Kauf einer Menstruationstasse einem Penisträger und schlug ihn mit gezielter Selbstverteidigung zu Boden.

Ich bewerfe Männer in Highheels mit Folgemilch, weil ich durch meine Maternismen mich und meine Scheide viel zu ernst nehme.



----- 05.02.2017 -----

Ehrhorn

Der AfD-Funktionär und Kreistagsabgeordnete Thomas Ehrhorn aus Jarnsen im Landkreis Celle wird auf einem Landesparteitag auf Platz 3 der AfD-Landesliste für den Bundestag gewählt. Wäre die Wahl am kommenden Sonntag, wäre er drin. Sein sozialchauvinistisches und rassistisches Programm beschrieb er anschließend so: „Die [Steuer-]Gelder unserer Bevölkerung sollen in erster Linie wieder ihr selbst zugute kommen und nicht mehr uneinsichtigen europäischen Pleitestaaten und Hunderttausenden illegaler Wirtschaftsmigranten.“

----- 12.02.2017 -----

#PulseOfEurope

Celle ist die kleinste unter einem guten Dutzend deutscher Städte, in denen sich jeden Sonntag um 14 Uhr Leute versammeln, um den „europäischen Geist“ zu beschwören. Ausgangspunkt dieser Bürger*innen-Bewegung war Frankfurt. Der Initiator, Daniel Röder, gegenüber der FAS: „Wir sind nicht gegen etwas, sondern für etwas. Es ist nicht die Zeit der Proteste. Es ist Zeit, für die Grundlagen unserer Wertegemeinschaft im



positiven Sinne einzustehen.“ In Celle trafen sich die Europa-Befürworter*innen jeweils am Alten Rathaus mit zumeist mehr als 100 Teilnehmer*innen. – Unseres war es irgendwie nicht: Europa macht die Schotten dicht und lässt jedes Jahr zu Tausenden Menschen im Mittelmeer ersaufen. Das ist abseits der schönen Reden gerade die Aktualität Europas und offenbar Kern des Selbstverständnisses seiner Eliten.

----- 13.02.2017 -----

Offener Brief wg. CETA

In einem „Offenen Brief“ forderten Mitglieder von Parteien und Initiativen aus Stadt und Landkreis Celle die niedersächsischen Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, der Ratifizierung des Freihandelsabkommen mit Kanada (CETA) nicht zuzustimmen. Gefruchtet hat es nicht: Zwei Tage darauf stimmten von zehn niedersächsischen Abgeordneten sieben dafür, eine dagegen und zwei enthielten sich. Die Gegenstimme kam von Sabine Lösing (Die Linke), Timo Wölken (SPD) und Rebecca Harms (Die Grünen) gehörten zu den enthalten. Zu den niedersächsischen Abgeordneten gehört im übrigen auch Bernd Lucke (ALFA).

Zu den Unterzeichner*innen des „Offenen Briefs“, in dem ein „Kurswechsel, hin zu einer transparenten und demokratischen Handelspolitik zugunsten von Mensch und Umwelt“ gefordert wird, gehörten u.a.:

Friedhelm Torney (Wienhausen, Sprecherkreis BI Flotwedel), Michael Devezeau (Celle, SPD-Vorstand), Werner Leise (Celle, attac), Jens Rejmann (Celle, ehem. SPD-Fraktionsvorsitzender), Jörg Rodenwaldt (Ortsbürgermeister Celle-Neuenhäusen, SPD-Ratsfraktionsvorsitzender), Annegret Pfützner (Celle, GRÜNE, Kreistags-

mitglied, Vorstand BUND Kreisgruppe Celle), Gudrun Jahnke (Celle, ehem. Ortsbürgermeisterin, SPD), Behiye Uca (Celle, Ratsfrau und Kreistagsabgeordnete, DIE LINKE), Yannick Tahn (Vorsitzender JUSO-UB Celle), Wolfgang Weuster (Langlingen, Sprecherkreis BI Flotwedel), Thomas Müller (GRÜNE, Gemeinderat Nienhagen, Samtgemeinderat Wathlingen), Hans-Peter Binder (Celle, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied DIE LINKE), Paul Stern (Celle, DGB-Kreisvorsitzender), Wolfgang Kaatz (Wienhausen, BI Flotwedel), Klaus Meier (Celle, Kreisverbandsvorsitzender ACE Südheide).

Die Celler Bundestagsabgeordnete Kirsten Lühmann kommentierte die Zustimmung übrigens erfreut: „Globalisierung braucht klare, verlässliche Regeln statt Handelsschranken.“ Sie tat dies als Vorstandsmitglied der EBD – das ist ein lobbyistisches Netzwerk namens „Europäische Bewegung Deutschland e.V.“

----- 16.02.2017 -----

NSU und Hetendorf

Im Münchener NS-Prozess ist Rigo Schüller, ein ehemaliger Beamter des Thüringer Verfassungsschutzes geladen. Er soll Angaben machen zu einem rechtsextremistischen Treffen im niedersächsischen Hetendorf, den Hetendorfer Tagungswochen. Daran soll im Juni 1997 auch Beate Zschäpe teilgenommen haben, gemeinsam mit dem Zeugen André Kapke. Doch die Zeugenbefragung ist schnell vorbei: An seine Tätigkeit zu Hetendorf, sagt der ehemalige VS'ler, habe er keine Erinnerung. - Am 10. Januar hatte ein Beamter der Oldenburger Polizeiinspektion bestätigt, dass Zschäpe und Kapke am 21. Juni 1997 bei einer Zufahrtskontrolle registriert worden waren.

----- 21.02.2017 -----

Mendes Abschied

Bei der offiziellen Verabschiedung von Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende hieß – für uns überraschend – einer der Laudatoren Martin Biermann. Der Vorgänger lobte seinen Nachfolger für vielerlei Dinge, kritisierte aber den Blick auf die „Stadt als Konzern“: „Die reine Merkantilisierung kommunalen Handelns, die in den 90-iger Jahren mit dem Begriff „Unternehmen Stadt“ in unser Denken Einzug hielt und vehement propa-

giert wurde, sollte m.E. aus heutiger Sicht noch einmal deutlich hinterfragt werden. [...] Das höchste Ziel eines Staates, einer Kommune ist nämlich nicht die Gewinnmaximierung, sondern der gesellschaftliche Zusammenhalt“. Das ist, was wir seit langem vertreten. Aber mit Biermann einer Meinung zu sein?

----- 27.02.2017 -----

Stolperstein

In Hermannsburg verlegt der Künstler Gunter Demnig einen Stolperstein für Agnes Timme. Sie wurde 29-jährig am 16.06.1941 im Rahmen des T4-Euthanasie-Projektes in Hadamar vergast. In Winsen/Aller geboren, wohnte Agnes Timme zuletzt mit ihrer Familie im Lutterweg 275 (jetzt 16) in Hermannsburg.

Bereits seit 2011 wird mit einem Stolperstein an Irmgard Ruschenbusch erinnert. Die Großnichte von Ludwig Harms war im Alter von 45 Jahren im hessischen Hadamar im Rahmen der Euthanasiemorde in der NS-Zeit ermordet worden, weil sie an Schizophrenie erkrankt war.

----- 01.03.2017 -----

Bombenkonjunktur

Der Düsseldorfer Technologiekonzern Rheinmetall hat im Geschäftsjahr 2016 einen Konzernumsatz von 5.602 MioEUR erwirtschaftet. Gemessen am Vorjahreswert von 5.183 MioEUR ist der Umsatz um 419 MioEUR oder 8% gestiegen. [...] Der Unternehmensbereich Defence erwirtschaftete 2016 einen Umsatz von 2.946 MioEUR, ein Plus von 14% oder 355 MioEUR gemessen am Vorjahreswert von 2.591 MioEUR. Wie schon im Jahr zuvor konnte damit eine zweistellige Wachstumsrate erzielt werden. [...] Beim Ergebnis hat der Unternehmensbereich Defence 2016 überproportional zum Umsatzwachstum zugelegt. (PM des Konzerns)

----- 04.03.2017 -----

Ami go home

Er konnte nicht mehr an sich halten, der „wehrpolitische Sprecher“ der CDU-Bundestagsfraktion. Henning Otte musste der Presse stecken, dass sein Wahlkreis vielleicht bald Soldaten der US-Army beherbergen darf. Und in der Tat war am 9. Januar ein Konvoi des "3rd Armored Brigade Combat Teams" der 4th Infantry Divi-

sion in Bergen-Hohne. Zweck der Veranstaltung: Das US-amerikanische Militär sucht nach einem Standort zur Stationierung von rund 4.000 Soldat*innen in Norddeutschland. "Konkurrent" von Bergen ist offenbar noch Fallingb. In seiner Pressemitteilung verrät Otte dann in erstaunlicher Offenheit, dass es im Kern um die Aushebelung der NATO-Russland-Grundakte von 1997 geht. Darin festgelegt ist die Selbstverpflichtung der NATO, keine „zusätzlichen substantiellen NATO Kampftruppen“ permanent in den neuen Mitgliedsstaaten der NATO zu stationieren. Otte erklärt, wie die NATO diesen Vertrag aushebelt: „Aus diesem Grunde entsendet die NATO multinationale Gefechtsverbände auf rotierender Basis in die Bündnisstaaten (keine Permanenz). Die Kontingente haben Bataillonsgröße (damit bleibt man deutliche unter substantiellen Kampftruppen, die das Völkerrecht allgemein mit Divisionsgröße veranschlagt).“ Und er beschreibt, worin für die US-Army dabei das Problem und die Lösung liegt: „Eine dauerhafte Stationierung von US-Truppen an der NATO-Ostgrenze ist also nicht möglich. Um die Rotationen in die Stationierungsorte an der NATO-Ostgrenze trotzdem unkompliziert zu ermöglichen, bietet sich für die US-Streitkräfte eine dauerhafte Stationierung in Frage kommender Kontingente in Deutschland an. Mögliche Planungen sehen hierfür etwa den Umfang einer gepanzerten US-Brigade vor.“ Freuen dürften sich Bergen oder Fallingb. auf das Armored Brigade Combat Team. Dieses besteht - laut Ottos Angaben - „aus 7 Bataillonen (drei gemischte schwere Kampfbataillone, ein Aufklärungsbataillon, ein Artilleriebataillon, ein Pionierbataillon sowie ein Unterstützungs- und Instandsetzungsbataillon. [...] Armored Brigade Combat Teams umfassen ca 4000 Soldaten. Hinzu kämen möglicherweise mitziehende Familienangehörige.“ Selbstverständlich findet Otte das Ganze super: „Mein Ziel ist es, für die Vorteile dieser Region im Rahmen einer möglichen Stationierung weiter zu werben.“ - Da suchen wir am Besten auf dem Dachboden schon mal nach alten "Ami go home"-Transparenten. Und dabei ist uns egal, dass die „Compact“-Nazis das auch gut finden.



----- 30.03.2017 -----

Nachruf auf Mr. Ostumgehung

Genug Scheiße gebaut hat Bernd-Wilhelm Winkelmann in den letzten Jahren als Leiter der nds. Landesbehörde für Straßenbau u. Verkehr. Seine vor Gericht wiederholt gescheiterte Planung des 3. Abschnittes der Ostumgehung hat ihn nicht davon abgehalten, munter weiter zu planen. Noch im Januar durfte er seine Pläne für den 4. Abschnitt "Nord" ausbreiten. Für die Baulänge von 2,410 Kilometern sind Gesamtkosten von 24,9 Millionen Euro angesetzt. Mehr als EINE Million Euro pro EINHUNDERT Meter Straße. Wie wir wissen, kann es nur teurer werden. Mit der Arroganz der Planungsmacht hat er sich immer wieder über Kompromissvorschläge hinweggesetzt. Eine ergebnisoffene Diskussion war mit ihm nie zu führen. Mit seinem eingeschränkten Blick auf den reinen Autoverkehr hat er Millionen von Steuergeldern in den Sand gesetzt. Für sein verantwortungsloses Handeln gegenüber Mensch und Umwelt wurde er nie zur Rechenschaft gezogen. Nun endlich geht „Mr. Ostumgehung“ in den Ruhestand! Er hinterlässt eine Bausünde, von der sich Celle nie wieder erholen wird. Ihm kann es egal sein, er lebt in Hermannsburg.



EWG – Einer wird gewinnen



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Dämmerung beieinander und be-
ginnen ein Gespräch.

Die Dicke: Wer von euch kennt noch „EWG – Einer wird gewinnen?“ mit Hans-Joachim Kulenkampff?

Oma Lilo: Kuli. Klar. Die Quizshow mit Kandidatinnen und Kandidaten aus acht Ländern. EWG war ja gleichzeitig die Abkürzung für die „Europäische Wirtschaftsgemeinschaft“ der Römischen Verträge. Aber über die eigentlichen Gründungsländer hinaus hatte man gern auch kurzberockte Britinnen dabei und unsere österreichischen und Schweizer Nachbarn, weil es ja ein Eurovisionsformat war. Und weil es live gesendet wurde, durfte es mit der Eurovisionshymne eröffnet werden.

Die Dicke: Das war eigentlich das letzte Mal, dass ich ein ungebrochen positives Gefühl für Europa hatte.

Klein Jonas: Wann war das denn?

Die Dicke: Das waren die 60er. Da saßen am Samstagabend wirklich noch ganze Familien beisammen.

Der lange Lulatsch: Ein bisschen sexistisch, ein bisschen spießig, mit einer Prise Toleranz und gut gespielter Weltläufigkeit.

Oma Lilo (an Die Dicke gewandt): Und warum hattest du da europäische Gefühle?

Die Dicke: Die Kandidatinnen und Kandidaten waren junge, aufgeschlossene Menschen, die dann auch noch ein bisschen Wissen über die Welt mitbrachten. So wollte ich auch sein.

Der Besserwisser: Und am Ende musste einer gewinnen.

Die Dicke: Aber das war überhaupt nicht so nationalistisch wie im Sport. Ich glaube, es war ausnahmsweise vor den Glotzen mal egal, ob der Gewinner oder die Gewinnerin einen deutschen Pass hat.

Der Besserwisser: Aber spätestens seit der Einführung des Euro steht Deutschland in der EU ja immer auf dem obersten Treppchen.

Der lange Lulatsch: Und genau diesen Status will die Bürgerbewegung „Pulse of Europe“ bewahren, oder?

Oma Lilo: Ich denke eher, sie haben Schiss, dass nach dem Brexit die EU wegen der Rechtspopulisten auseinander fliegt. Die Politik von Erdogan und Trump kommen beunruhigend dazu. Da liegt es nicht fern, sich Gedanken um den Erhalt bürgerlicher Freiheitsrechte zu machen.

Der lange Lulatsch: Sicher. Aber als „Grundfreiheiten“ werden im 10-Punkte-Programm erwähnt: Personenfreizügigkeit, freier Warenverkehr, freier Zahlungsverkehr und Dienstleistungsfreiheit. Sie, heißt es dann weiter, „sichern individuelle Freiheit und Wohlstand.“ Das klingt doch wie abgeschrieben vom Bundesverband der Deutschen Industrie.

Der Besserwisser: Es ist eben auch PR in eigener Sache. Einer der Initiatoren, der Rechtsanwalt Dr. Daniel Röder, kommt aus der Frankfurter Nobel-Wirtschaftskanzlei Greenfort. Deren Rechtsanwälte haben unter anderem die Privatisierung des Flughafens Frankfurt-Hahn abgewickelt. Röder selbst war er an verschiedenen großen Schiedsverfahren

beteiligt, also genau daran, wogegen ein Teil der "Pulse"-Aktiven letztes Jahr bei den TTIP/CETA-Demonstrationen auf der Straße war.

Die Dicke: Aber immerhin ist das Anliegen antinationalistisch. Das 20. Jahrhundert war doch eins von Kriegen zwischen europäischen Staaten.

Der Besserwisser: Die Deutschland in beiden Fällen vom Zaum gebrochen hat mit dem Zweck der Herrschaft über Europa. Im dritten Versuch hat es dann ohne Waffen geklappt.

Die Dicke: Im Zweiten Weltkrieg gab es 50 Millionen Tote ...

Der Besserwisser: ... darunter 13 Millionen durch deutsche Massenverbrechen.

Die Dicke: Aber darum geht es doch – um den Erhalt von Demokratie und Zivilgesellschaft, die das verunmöglichen sollen.

Der lange Lulatsch: In der 10-Punkte-Erklärung ist zu lesen: „Die Europäische Union war und ist in erster Linie ein Bündnis zur Sicherung des Friedens. Wer in Frieden leben will, muss sich für Europa stark machen.“

Oma Lilo: Die Militarisierung kommt halt unter dem beschönigenden Namen „Europäische Verteidigungsunion“ daher. Die neue Aufrüstungsrunde – Stichwort; zwei Prozent des Bruttosozialprodukts für Militärausgaben – hat doch längst begonnen.

Der Besserwisser: Ihr erinnert euch aber daran, dass „unsere Freiheit“ am Hindukusch verteidigt wird. Seit 16 Jahren und mit dem Erfolg, dass de Maizière nicht müde wird zu fordern, dass abgelehnte Flüchtlinge wieder dorthin abgeschoben werden müssen.

Der lange Lulatsch: Ach ja. Frontex. Fast vergessen. Zum Sterben in unserem schönen Mittelmeer hat die pulsierende Bürgerbewegung bisher leider keine offizielle Position.

Oma Lilo: Wobei viele bestimmt ehrenamtlich Flüchtlingen helfen.

Die Dicke: Mal zurück zum Kern der Besorgnis. Ein Zerfall Europas bedeutet aber doch Regression in Richtung völkischem Nationalismus?

Der lange Lulatsch: Das ist für Teile Osteuropas so. Aber stimmt das auch für Schotten, Nordiren oder Katalanen? In Barcelona sind im Februar 160.000 Katalan*innen für die Aufnahme von Flüchtlingen auf die Straße gegangen.

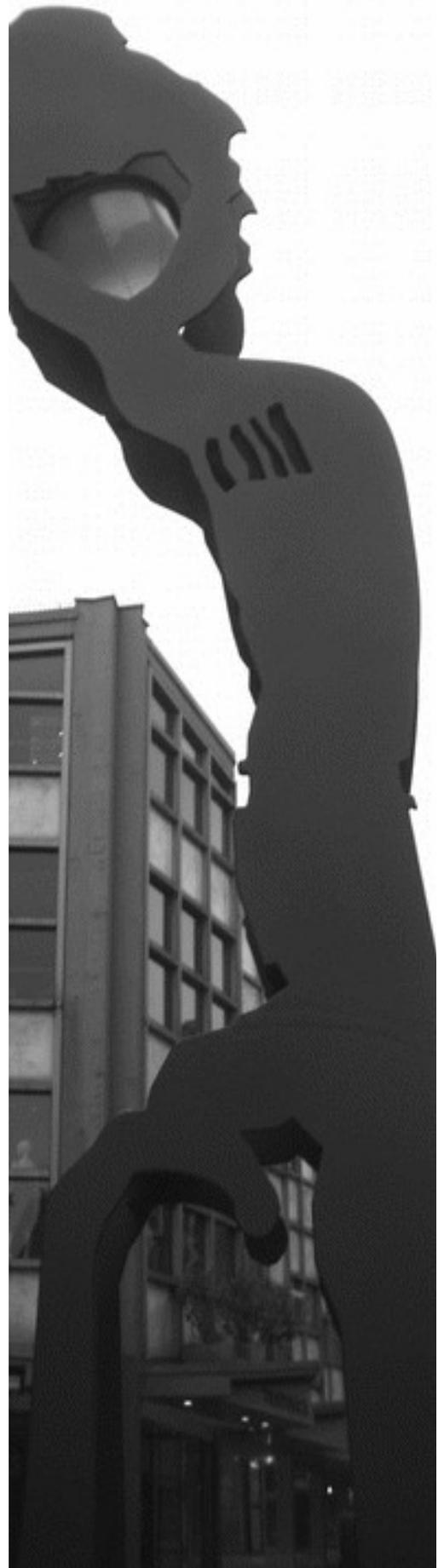
Oma Lilo: Ich sage mal eine provokante These: Die EU kann nur funktionieren, wenn Deutschland austritt.

Der Besserwisser: Interessant, das sollte mal jemand durchrechnen. Trotzdem bleibt Europa ein Bündnis kapitalistischer Staaten, das Linke genauso kritisieren müssen wie den Kapitalismus. Die deutsche Hegemonie muss kritisiert werden und auch die Abschottungspolitik. Genau so wenig wie es ein linkes Vaterland gibt, gibt es eine linke EU.

Der lange Lulatsch: Ah, du zitierst Rainer Trampert. Der hat ja einen Vorschlag dahingehend, was abhängig Beschäftigte tun könnten, um die Produktivität der deutschen Industrie erlahmen zu lassen, mit der sich der Rest Europas so wunderbar niederkonkurrieren lässt: Mal wieder versuchen, sich das Leben anzueignen. Weniger arbeiten und vor allem weniger arbeiten. Und mal so leben, wie man/frau sich vorstellt, dass die Italiener und Spanier den lieben Gott einen guten Mann sein lassen.

Oma Lilo: Na ja, Linke sagen eigentlich, dass in Deutschland die Löhne kräftig steigen müssten, um das Ungleichgewicht in der EU zu beseitigen.

Der Besserwisser: Da spricht halt die hedonistische Internationale.



Ehemalige Rheinmetall-Manager vor Gericht

Neue Prozesse gegen deutsche Rüstungsmanager wegen gravierender Korruption bei Waffenexporten nach Griechenland haben begonnen. Die Staatsanwaltschaften in München und Bremen haben Anklage gegen ehemalige Führungsfunktionäre der Rüstungsfirmen Rheinmetall und Krauss-Maffei Wegmann (KMW) erhoben; ihnen wird vorgeworfen, persönlich für die Zahlung von Bestechungsgeld für profitable Aufträge zur Lieferung von Panzern und einem Luftabwehrsystem verantwortlich zu sein. Einige der Aufträge besaßen für die deutschen Waffenschmieden hohe Bedeutung, weil sie halfen, Finanzierungslücken zu decken. In Griechenland hingegen haben sie immensen Schaden angerichtet, weil sie vor und während der Kriseneskalation den Staatshaushalt mit beträchtlichen Summen belasteten; letztlich mussten sie mit sogenannten Hilfsgeldern bezahlt werden. Von den neuen Prozessen ist womöglich Aufklärung, aber keine Entlastung für Griechenland zu erwarten: Zwar ermittelt auch die griechische Justiz; doch werden etwaige Bußgelder bei Verurteilungen in München und Bremen nicht in die griechische, sondern in die deutsche Justizkasse gezahlt.

Gefälligkeiten

Die deutsch-griechischen Rüstungsgeschäfte, die Gegenstand der aktuellen Korruptionsprozesse sind, sind durchweg Ende der 1990er Jahre angebahnt worden. Griechenland leitete damals gerade eine neue Phase der Aufrüstung ein. Auslöser war der "Ímia-Zwischenfall", ein Konflikt mit der Türkei um zwei unbewohnte Felsen im Meer zwischen der griechischen Insel Kálimnos und dem türkischen Festland bei Bodrum, der Anfang 1996 um ein Haar zu einem Krieg zwischen den zwei NATO-Verbündeten eskaliert wäre. Rund ein Viertel der milliardenschweren Rüstungsaufträge, die Athen nach dem "Ímia-Zwischenfall" vergab, gingen an deutsche Waffenschmieden. Das ist auch deshalb bemerkenswert, weil Ende der 1990er Jahre in der EU über einen möglichen griechischen Beitritt zur Eurozone diskutiert wurde; auf deutschen Druck und gegen starke Widerstände wurde er schließlich auf dem EU-Gipfel am 19. Juni 2000 gewährt. Ob die Rüstungsdeals dazu beigetragen haben,

Berlin für die Athener Euro-Mitgliedschaft einzunehmen, ist nicht belegt; Tatsache ist aber, dass sie Teil einer ganzen Reihe griechischer Gefälligkeiten gegenüber Deutschland waren, die das Klima zwischen beiden Staaten sicher nicht verschlechtert haben: Athen hob sein jahrelanges Veto gegen die von Berlin geforderte Aufwertung der Türkei zur EU-Beitrittskandidatin auf; deutsche Konzerne erhielten milliardenschwere Aufträge für die olympischen Spiele 2004 in Athen; und am 14. September 2001 entschied das Oberlandesgericht Athen, eine Zwangsvollstreckung deutscher Liegenschaften in Griechenland zur Entschädigung von NS-Opfern setze eine Einwilligung des griechischen Justizministers voraus - was sie faktisch bis heute verhindert.

Konjunkturprogramme

Für die deutschen Rüstungsfirmen sind die Ende der 1990er Jahre in die Wege geleiteten Aufträge aus Griechenland in einigen Fällen von erheblicher Bedeutung gewesen. Das trifft beispielsweise auf die vier U-Boote der Klasse 214 zu, deren Verkauf an die griechische Marine die deutsche HDW (heute: ThyssenKrupp Marine Systems, TKMS) in den Jahren 2000 und 2002 vertraglich beschließen konnte. HDW begann Ende der 1990er Jahre mit dem Bau von Brennstoffzellen-U-Booten für die Bundesmarine; die Lieferung der gleichfalls mit Brennstoffzellen angetriebenen U-Boote der Klasse 214 an Athen half, die immensen Entwicklungskosten wenigstens zum Teil im Ausland einzutreiben. Der Verkauf von 170 Kampfpanzern Leopard 2 an Athen sei wiederum für die Panzerschmiede Krauss-Maffei Wegmann (KMW) „ein willkommenes Konjunkturprogramm“ gewesen, urteilen Beobachter. [1] Während KMW damit 1,7 Milliarden Euro verdiente, kassierte HDW/TKMS für die U-Boote 2,1 Milliarden Euro. Die Zahlungen verzögerten sich über mehrere Jahre; größere Beträge wurden mit Hilfe der Bundesregierung noch ab 2010 eingetrieben, als Griechenland bereits tief in die Krise abgeglitten war und die sogenannten Hilfsgelder aus Brüssel nutzen musste, um die Rechnungen bei der deutschen Rüstungsindustrie begleichen zu können. [2]

Korruptionsprozesse

Die bemerkenswerten Begleitumstände, die halfen, die deutsch-griechischen Waffendeals unter Dach und Fach zu bringen, sind bereits in mehreren Korruptionsprozessen behandelt worden und nun Gegenstand zweier weiterer Verfahren. Die juristische Aufarbeitung des Geschehens ist möglich, weil in Griechenland diverse Beteiligte ihr Schweigen gebrochen und gegenüber der Justiz umfassend ausgesagt haben. Dies hat Prozesse zunächst in Griechenland und dann auch in Deutschland ausgelöst. Einer davon betraf den Verkauf des Flugabwehrsystems Asrad durch die zwischenzeitlich von



Rheinmetall übernommene Bremer Firma STN Atlas an die griechischen Streitkräfte. Das Geschäft spülte 150 Millionen Euro in die Kasse von STN Atlas bzw. (ab 2003) Rheinmetall Defence Electronics (RDE). Um den profitablen Auftrag zu erhalten, zahlten Atlas bzw. RDE laut Angaben der Bremer Justiz 3,3 Millionen Euro. Tatzeitraum sind demnach die Jahre von 1998 bis 2011 gewesen. Rheinmetall hat bereits nach einem ersten verlorenen Prozess in Bremen Ende 2014 rund 37 Millionen Euro zahlen müssen - den illegal erzielten Profit (36,77 Millionen Euro) plus ein Bußgeld von 300.000 Euro. Nun hat jedoch die Bremer Staatsanwaltschaft zusätzlich Anklage gegen fünf Rheinmetall-Manager persönlich erhoben. Das sei unumgänglich, da die Betroffenen sich auch individuell schuldig gemacht hätten, heißt es zur Begründung. [3]

Nützliche Beziehungen

Eine weitere Anklage hat die Münchner Staatsanwaltschaft erhoben. Gegenstand ist der Verkauf von 24 Panzerhaubitzen 2000 an die griechischen Streitkräfte durch KMW. Das deutsche Unternehmen kassierte dafür 188 Millionen Euro. Die Staatsanwaltschaft ist überzeugt, dass auch für diesen Auftrag Schmiergelder geflossen sind - und zwar auf dem Umweg über ein ominöses "Büro für Südosteuropaberatung", das eigens dazu gegründet worden sein soll. Inhaber des Büros waren die beiden ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Dagmar Luuk und Heinz-Alfred Steiner. Luuk hatte dem Parlament von 1980 bis 1990 angehört und war unter anderem für den Kontakt zur griechischen Schwesterpartei PASOK zuständig gewesen; Steiner, von 1980 bis 1994 im Parlament, hatte zuletzt als stellvertretender Vorsitzender des Verteidigungsausschusses gewirkt. Beide sollen enge Kontakte zu Ákis Tsochatzópoulos unterhalten haben, der von 1996 bis 2001, also während der heißen Phase der Rüstungsdeals, in Athen als Verteidigungsminister amtierte; Tsochatzópoulos gehörte zum inneren Kern der PASOK. Über das Luuk/Steiner'sche "Büro für Südosteuropaberatung" sollen laut Angaben der Staatsanwaltschaft von 2000 bis 2005 über fünf Millionen Euro nach Athen geflossen sein, um dort der Panzerhaubitze 2000 den Weg zu bahnen. Im Jahr 2006 konnte das Büro dann aufgelöst werden. Die laut Auffassung der Justiz an dem Deal Beteiligten weisen sämtliche Vorwürfe selbstverständlich zurück - auch der damalige KMW-Geschäftsführer (1999 bis 2005) und heutige KMW-Aufsichtsratsvorsitzende Manfred Bode, ein Top-Manager der deutschen Rüstungsindustrie, der für sein Wirken das Bundesverdienstkreuz (2007) und den Bayerischen Verdienstorden (2009) erhalten hat. [4]

Hilfreiche Verurteilungen

Dabei könnte sich selbst ein Schuldspruch der deutschen Justiz für die Verantwortlichen noch als recht vorteilhaft erweisen. Gegen sie wird auch in Athen ermittelt; härtere Strafen wären dort durchaus denkbar. In einem vergleichbaren Korruptionsfall versuchten es die Anwälte eines Beschuldigten - es handelte sich um einen Ex-



Siemens-Spitzenfunktionär - einem Bericht zufolge zu erreichen, „dass der Ex-Manager in Deutschland so schnell wie möglich per Strafbefehl zu einer Bewährungsstrafe und Geldauflage von knapp einer Million Euro verurteilt wird“: Nur so lasse sich vermeiden, dass ihr Mandant sich „in Athen verantworten muss“. [5] Denn da in Europa niemand wegen derselben Straftat zweimal verurteilt werden dürfe, sei seine Überstellung an die griechische Justiz nach einem Urteil in Deutschland nicht mehr möglich. Dabei können die Beschuldigten auch in den neuen Korruptionsverfahren schon deshalb mit einer geringeren Strafe in der Bundesrepublik rechnen, weil hierzulande Bestechung schon nach fünf Jahren verjährt; im Mittelpunkt der Prozesse könnte deshalb schon bald ein einfacher Steuerbetrug stehen. Ein Nebeneffekt in Deutschland durchgeführter Verfahren ist zudem, dass allfällige Bußgelder nicht in die griechischen, sondern in die deutschen Justizkassen eingezahlt werden; das ist schon mehrfach so geschehen. Noch im Strafprozess nützt damit die Korruption, die Griechenland so sehr schadet, aber deutschen Firmen zu lukrativen Aufträgen verholfen hat, dem deutschen Staat.

[1] Gerhard Hegmann: Dreckiges Erbe des deutsch-griechischen Panzer-Deals. www.welt.de 04.01.2014.

[2] Jörg Kronauer: "Wir sind die Herren des Landes". Der deutsche Griff nach Griechenland - Geschichte einer Unterwerfung. Hamburg 2016.

[3] Bestechungsverdacht gegen deutsche Rüstungsmanager. Frankfurter Allgemeine Zeitung 23.02.2017.

[4] Klaus Ott: Griechische Geschäfte. www.sueddeutsche.de 11.07.2016. Peter Hornung, Søren Harms: Top-Manager der Rüstungsindustrie angeklagt. www.tagesschau.de 21.02.2017.

[5] Ex-Siemens-Manager Christoforakos macht umfangreiche Aussagen. www.spiegel.de 04.07.2009.

Quelle: Mit freundlicher Nachdruckerlaubnis von <http://www.german-foreign-policy.com>, 24.02.2017

„Celler Platte“ oder „zeitlos mahnend“

Seit 25 Jahren steht jetzt das Mahnmal für die Opfer des Massakers an KZ-Häftlingen im April 1945 in den Triftanlagen. Kritik an diesem Mahnmal gab es von Beginn an. Die Gestaltung sorgte für bissige Kommentare. Als „Celler Platte“ kritisierte es Rainer Bremer in einem Aufsatz für die „Pädagogische Korrespondenz“. (1) Kinder würden das Kiesbett mit einem Sandkasten verwechseln, lästerte Klaus Neumann 2001 in seinem Aufsatz für „Deutsche Erinnerungsorte“. (2) Mit Denkmälern aber, so der Kunstgeschichtler Jochen Spielmann, würden nur „mehrheitsfähige Interpretationen der Geschichte vermittelt werden.“ Sie würden mehr aussagen „über die Zeit ihrer Setzung [...] als über die Vergangenheit, auf die sie sich beziehen.“ (3) Im Folgenden soll es um den Entstehungsprozess des Mahnmals in den Triftanlagen gehen und um die Frage, ob und wie es heute in die Stadtgesellschaft wirkt.

Fast 40 Jahre war der Bombenangriff auf den Güterbahnhof verdrängt worden, bei dem ein Zug mit Häftlingen aus dem KZ Salzgitter-Drütte getroffen wurde und sich eine Hetzjagd und die Ermordung von geflohene Häftlinge anschloss. Erst in den frühen 1980er Jahren begann ein zunächst auf Zeitzeugenberichte gestütztes Erinnern, das seitens der Stadt in einem Forschungsauftrag an Mijndert Bertram mündete, der in einer 1989 veröffentlichten Broschüre das Verbrechen an KZ-Häftlingen historisch aufarbeitete. (4)

Bereits im April 1985 hatte die SPD-Ratsfraktion eine Gedenktafel in der Nähe des Güterbahnhofs angeregt, was am Einspruch der Bundesbahn scheiterte. Im Februar 1988 forderte dann die Ratsfraktion der Grünen die Errichtung eines Kunstwerks oder antifaschistischen Mahnmals. Diese Idee fand im CDU-dominierten Stadtrat erstaunlicherweise Zustimmung. Ein Hintergrund mag gewesen sein, dass die Stadt der Feier ihres 700-jähriges Jubiläum eine überregionale Ausstrahlung geben wollte. Und in diesem Zusammenhang erschien es angebracht, den braunen Ruf Celles etwas zu korrigieren. So beschloss der Stadtrat nach der Vorstellung von Bertrams Arbeit im April 1989 die Ausschreibung



eines künstlerischen Wettbewerbs und legte als Standort die Triftanlagen fest.

Schon die Auswahl des Ortes stieß bei einigen auf Kritik. Oskar Ansell etwa forderte, das Kunstwerk müsse „sichtbar im Innenstadtbereich der Einkaufsgesellschaft auffallen“: „Doch die Triftanlagen liegen angenehm abseits. [...] Ein zum Wegsehen guter Platz. Ein zum Hinsehen und Erinnern denkbar schlechter Platz, zumal in Nachbarschaft eines wiederum die Täter ehrenden Bauwerks.“ (5) Gemeint war das Kriegerdenkmal am Ostende der Trift, dessen Schriftband seinerzeit noch zur „Nacheiferung“ aufforderte.

Doch der Ortswahl lagen Argumente zugrunde. Das Mahnmal sollte in der Nähe der Orte des Verbrechens liegen und trotzdem in halbwegs belebtem öffentlichem Raum. Eine zusätzliche Begründung lieferte die Nähe zum Ort, an dem das Massaker an Häftlingen eingeleitet wurde: dem Gebäude der Kreisleitung der NSDAP in der Trift 20/21.

Eine weitere Vorgabe bestand darin, dass in das Mahnmal ein die Ereignisse zusammenfassender Text integriert werden sollte – siehe Foto unten links.

Das Besondere an dem Celler Endkriegsverbrechen, nämlich die Beteiligung von Zivilisten, war von der Verwaltung zunächst vorgesehen, dann aber aus dem Text herausgestrichen worden – die „ganz normalen Bürger“ fehlen. Gegenüber der HAZ meinte Dieter Ronte: „Man hätte es deutlicher machen können.“ Insbesondere Künstler hätten Kritik an der Entscheidung geübt, die „Zivilisten“ auszuspüren. „Ein Zusatz wäre möglich gewesen“, sagte der Museumsdirektor Mijndert Bertram. Aber die Stadtväter hätten den Beschluss für „unumstößlich“ erklärt. (6)

Die Resonanz auf den künstlerischen Wettbewerb übertraf quantitativ bei weitem die Erwartungen. Die Wettbewerbsunterlagen wurden von mehr als 600 Personen angefordert. 281 von ihnen reichten schließlich Modelle im Maßstab 1:10 ein. In der Preisvergabe-Jury saßen der seinerzeitige Direktor des Sprengel-Museums Hannover, Dr. Dieter Ronte, Prof. Gerhard Marks (Celle), Ludwig Zern (Hannover), Stadtdirektor Christian Burchard (Celle) und Stadtbildpfleger Michael Hild (Celle) sowie als Berater Prof. Bernd Altenstein. Für die Realisierung war eine Summe von 100.000 DM vorgegeben, inklusive der Preisgelder.

An der Form des offenen Wettbewerbs gab es seitens der Jury Kritik. Dieter Ronte war gegen Ausschreibung und für Einladung von 5 – 10 Künstlern. In einem Interview aus dem Jahr 1991 begründete er dies so: „Um sicher zu sein, daß eine hohe Qualität von Beginn an gewährleistet ist, hätte man sich bei der Auswahl der Künstler im Vorfeld einigen müssen. Das ist zwar undemokratisch und schließt zumeist junge und unbekannte Leute aus, es hat aber auch viele Nachteile. [...] Es ist eigentlich das passiert, was viele befürchtet haben, daß alle großen Künstler beim offenen Wettbewerb nicht mitmachen.“ (7)

Die eingegangenen Modelle wurden – anonymisiert – im West- und Südflügel des Schlosses ausgestellt und am 17. und 18. Dezember 1990 von der Jury bewertet.

Der 1. Preis wurde Jonny Lucius aus Bad Neuenahr zugesprochen, dessen Entwurf ein liegendes Quadrat aus Corten-A-Stahl vorsah, in dessen Mitte als „optimistisch-vegetativer Einschub“, wie Ronte ausdrückte, ein Baum gepflanzt werden sollte. Der Arbeit insgesamt bescheinigte der Vorsitzende der Jury große Ernsthaftigkeit und den Willen zu Frieden. Die offizielle Beschreibung las sich so:

„Eine einfache quadratische Form, eindringlich in exakten Abmessungen.

*– quadratische Urform
– unendlicher Weg aus Eisen*

– gleich dem harten Gang der Opfer bis in den Tod.

– zeitlos mahnend – schwer lastend –

Aus der Mitte ein Baum wachsend, Hoffnung gebend.

Das Objekt, 6,80 x 6,80 m mit einer in der Mitte liegenden Aussparung von 3 x 3 m, und einer Seitenhöhe von 21 cm, wird auf einem Unterbau aus Beton in kaum merklicher Schräglage ca 2-3 % (wasserabfließend) ausgelegt.

Der Stahl (10 mm) ist ein von Thyssen gefertigter sogenannter „beruhigter Stahl“. Mit der Bezeichnung Corten A. Er hat einmalige Eigenschaften.

Die erste Rostschicht (wichtig für die Färbung), ist gleichzeitiger Schutz gegen das Durchrosten. Die Unterseite wird gegen das Schwitzen mit Bitumen gestrichen.“ (8)

Vom 20.12.1990 bis 6.1.1991 waren die Modelle im Schloss zu besichtigen, was fast 2.000 Besucher*innen auch taten.

Der ausgeführte Siegerentwurf wurde am 7. April 1992 in Anwesenheit des Landesrabbiner Henry Brandt, Hannover, und Celles Superintendenten Bodo Wiedemann von Oberbürgermeister Herbert Severin eingeweiht. Mit Marian Gnypl hielt auch ein polnischer Überlebender des KZ-Zuges eine Ansprache, der zufällig von dem Einweihungszeremoniell erfahren hatte. (9)

Kritik entzündete sich anschließend am symbolischen Gehalt des Mahnmals. Im Protokoll des Preisgerichts findet sich folgende Beschreibung: *„Im Zentrum der sich nur wenig aufwerfenden Böschung ein Zeichen der Hoffnung: ein heimischer Laubbaum. Ort des Friedens und des Lebens. Dieser Baum wird durch sein Wachstum die Anlage von Jahr zu Jahr zunehmend verändern: immer mehr wird sein Laub das Mahnmal überdecken und es zunehmend in das Grün der Triftanlage integrieren.“ (10)*

In seinem beißenden Kommentar befand Rainer Bremer dazu: *„Ohne Scham preist die Begründung die Vorzüge des Entwurfs und plaudert damit Erwartungen aus: Das alles müsse wieder zuwachsen, verschwinden. Die Organisatoren des verordneten Gedenkens an die Opfer finden Geschmack an einem Vorschlag, der dem kollektiven Vergessen seit 1945 alsbald wieder Bahn bricht.“ (11)*



Dieter Ronte verteidigte die Preisvergabe ein knappes Jahr später: *„Es ist ein Konsens im positiven Sinne insofern als hier nicht mit diesem Realismus-Zeigefinger didaktischer Art operiert wird, sondern auch dem „Benutzer“ dieses Denkmals ein großer Freiraum zugestanden wird.“ (12)* Und Lucius selbst beschrieb seine Intention so: *„Das Denkmal soll kein Stolperstein werden und schon gar keine Provokation. Es soll nur mahnen und nicht einmal aufdringlich sein. Man sieht es nicht von weitem hochragen.“ (13)*

Die CZ merkte unter dem Titel „Denkanstöße und Erinnerung an 1945“ an, dass das Preisgericht insgesamt architektonische Lösungen bevorzugt habe. Erst aus dem Text werde deutlich, woran erinnert werden solle: *„Modelle, die figürlich oder thematisch deutlicher auf die Ereignisse im April 1945 hinwiesen, wurden nicht berücksichtigt: die Figur eines stumm schreienden zum Beispiel, mit der auf die Mauer des Schweigens und der Verdrängung aufmerksam gemacht werden sollte, oder die erschreckenden Darstellungen von Häftlingen, die bei der Flucht erschossen werden oder im*

Stacheldraht hängen bleiben. Bei den Modellen der Preisträger dagegen wird erst aus dem Begleittext deutlich, woran hier erinnert werden soll.“ (14)

Der zweite Preis ging an die Monopol-Gruppe für Gestaltung Lutz Köbele-Lipp – Martin Rissler, der dritte Preis an den Berliner Künstler Klaus Steinmann. Beide Entwürfe waren in der Jury umstritten. Zum Entwurf der Monopol-Gruppe meldete Stadtrat Burhard Bedenken an, da es sich um eine politische Aktion handele, *„die ich persönlich als nicht angemessen betrachte.“ (15)* Die Gruppe hatte vorgeschlagen, weit über die Triftanlagen hinaus im Stadtgebiet 200 Bronze Dreiecke mit einer Kantenlänge von 35 cm – mit Bezugnahme auf NS-Häftlingswinkel – zu verlegen und diese mit dem Text zu versehen: *„Dies könnte ein Ort sein, an dem im April 1945 ein Mensch getötet wurde.“* Zwei Jahre bevor Gunter Demnig erstmals einen „Stolperstein“ in Köln verlegte, war ein dezentraler Erinnerungsansatz in Celle noch nicht konsensfähig. Teile der Jury bemühten sich, die Monopol-Gruppe dafür zu gewinnen, den Entwurf in einer viertägigen Aktion zu realisieren, aber die Dreiecke dann auch wieder einzusammeln und verschwinden zu lassen. Dass damit der eigentlich Gedanke des Wettbewerbs unterlaufen würde, war den Künstlern wohl klar. Sie ließen sich jedenfalls nicht auf die Idee von Aktionstagen ein.

Dass der Entwurf, der den dritten Preis bekam, überhaupt in Erwägung gezogen werden konnte, ist 25 Jahre später kaum noch nachvollziehbar. Beabsichtigt war im Kern einzig, den neuen Gedenktext dem Kriegerdenkmal im Osten der Triftanlage hinzuzufügen. Das Jury-Protokoll vermerkte dazu: *„Die künstlerische Intention geht davon aus, keine weiteren Gedenkstätten in den Triftanlagen zu errichten, sondern in*



Gedenkfeier im Jahr 2015

der Durchdringung mit dem Ehrenmal liegt eine tiefe, existenzielle, der Geschichte – besonders der neuesten Geschichte – gemäße Aussage. Das alte Ehrenmal wird neu besetzt, ohne in seiner akzeptablen Funktion gestört zu werden. Subtil werden die neuen schriftlichen Informationen als Tafel vertikal und als Halbkreis horizontal eingesetzt. Der Vorschlag ermöglicht es prinzipiell, daß sich unterschiedliche Interessengruppen des Mahn- bzw. Denkmals „bedienen“. Allerdings bedingt es von allen äußerste Toleranz: eine Toleranz, die sich auch in der neuen formalen Lösung zeigt. Die Konzeption geht davon aus, daß die Zukunft keine neuen Opfer kennen darf und somit auch keine neuen Täter. Die Idee des Vorschlags ist äußerst präzise und voller Optimismus.“ (16)

Rainer Bremer führte die lobpreisenden Worte der Jury mit einem Gedankenexperiment ad absurdum: „Man stelle sich vor, eine israelische Reisegruppe, auf der Suche nach dem besseren Deutschland, angelockt vom Celler Mahnmal, sucht dieses auf und sieht sich angesichts der Forderung nach „äußerster Toleranz“ in der Verlegenheit, in den gleichzeitig gedenkenden Kriegern und deren treuen Nachfolgern nicht jene Anhänger der Täter zu betrachten, die die Opfer des Faschismus hervorbrachten. [...] Die israelische Reisegruppe hätte sich zu mäßigen, wenn sie die Wut darüber befällt, daß an Ort und Stelle der Falschen gedacht wird.“ (17)

Der Gedanke der Versöhnung beherrscht auch den Entwurf von Jonny Lucius. Aber der Weltgeist (hier in Form des Stadtgartenamtes) machte diesem Ansatz einen Strich durch die Rechnung. Denn gepflanzt wurde, ohne vom Künstler oder der Jury vorgeschlagen, eine 15 Jahre alte Rotbuche. Das kann eine Assoziation an Droste-Hülshoffs „Judenbuche“ hervorrufen. (18) In der Novelle kaufen die Juden des Dorfes die Buche, unter einer der ihren ermordet aufgefunden wurde, und mit hebräischen Schriftzeichen wird der Satz in die Baumrinde geritzt: „Wenn du dich diesem Orte nahest, so wird es dir ergehen, wie du mir getan hast.“ Die Geschichte endet damit, dass ihr Protagonist, Friedrich Mergel, dessen Tatbeteiligung unaufgeklärt blieb, sich an der Buche erhängte. Mit der „Judenbuche“ verbindet sich also ein Rachemotiv, das den Versöhnungsgedanken des Mahnmals durchkreuzt. Noch eine Runde verzwickter wird diese Symbolik aber dadurch, dass die Annahme, Juden folgten einem „Gesetz der Rache“, im Kern ein antisemitisches Stereotyp bedient. Wobei die Literaturwissenschaften werkimmanent eher dazu neigen, bei Droste-Hülshoff den

Verweis auf eine kosmologisch verstandene moralische Ordnung zu sehen. (19)

Auch das Kieselsteinbett, das die Rotbuche im Celler Mahnmal umgibt, ist erst Teil der Gestaltung und nicht des Entwurfs. In der jüdischen Erinnerungskultur (aber nicht nur dort) ist es üblich, dass Angehörige, indem sie einen kleinen Stein auf den Grabstein legen, versichern, dass der oder die Verstorbene nicht vergessen ist. (20)

Mit beiden Symbolen, also Buche und Kieselsteine, werden die Betrachter*innen aber insoweit auf eine falsche Fährte gelockt, als die Häftlinge des KZ-Transport zu ihrem allergrößten Teil nicht Jüdinnen und Juden waren, sondern Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter*innen aus vielen – insbesondere osteuropäischen – Staaten, die zumeist Christ*innen oder Atheist*innen waren.

Denkmäler sind nicht in erster Linie Kunstwerke, sondern repräsentieren kollektive Erinnerungstechniken. Insoweit ist das Mahnmal in den Triftnanlagen bei all seinen Unzulänglichkeiten und seiner symbolischer Überfrachtung durchaus typisch für das Geschichtsbild der 1990er Jahre. Zeitgemäß war einerseits die architektonisch orientierte Gestaltung, deren fehlende Konkretheit durch die Einbettung eines ausführlichen Textes aufgehoben werden sollte. Für eine geschichtspädagogische Auseinandersetzung erweist sich heute sogar die räumliche Nähe von Kriegerdenkmal und Mahnmal für die Opfer des 8. April 1945 als vorteilhaft. Unterschiedliche Erinnerungs- und Gedenkkulturen und ihre jeweilige Intention können vor Ort verglichen werden.

Die öffentliche Aneignung des Mahnmals trifft nach wie vor auf Probleme. Nur zu selten scheint es Gegenstand von lokalbezogenem Geschichtsunterricht zu werden, obwohl – wie dieser Text nahelegen will – es ausreichend Anlass zur Auseinandersetzung bietet. Die RWLE-Möller-Stiftung hat mit den ersten beiden Ausgaben der „celler hefte“ zudem umfangreiches Material zu einer erinnerungskulturellen Beschäftigung vorgelegt. (21) Bedauerlich ist in diesem Zusammenhang, dass eine dokumentarische Auftragsarbeit, die die Stadt im Jahr 1991 vergeben hatte und die seinerzeit nicht veröffentlicht wurde, nahezu unbekannt im Stadtarchiv schlummert. Eine webbasierte Veröffentlichung würde im Bezug auf den Geschichtsunterricht vielleicht die eine oder den anderen Interessierte*n finden. (22)

Dass „die Politik“ das Mahnmal nur etwa im Fünf-Jahresrhythmus für Gedenkfeiern nutzt, ist insoweit in Frage zu stellen, als Jahr für Jahr das eher martialische Mahnmal für den „Unbekannten Soldaten“ am Neuen Rathaus als Ort des Gedenkens am Volkstrauertag erhalten muss. Hier wäre ein Ortswechsel – auch unter Einbeziehung des Gräberfelds für die KZ-Häftlinge auf dem Waldfriedhof – geeignet, den Dimensionen von Gedenken und Erinnerung gerechter zu werden. Denn ohne die öffentliche Teilnahme sind Denkmäler unsichtbar, wie es Robert Musil formuliert hat: „Das Auffallendste an Denkmälern ist nämlich, daß man sie nicht bemerkt. Es gibt nichts auf der Welt, was so unsichtbar wäre wie ein Denkmal.“ (23)

Die Fußnoten gibt's hier: www.revista-online.info

Der Glaube, der Herzog und die Staatskasse

Zum Luther-Jahr anlässlich des 500. Geburtstages des großen deutschen Fürstenfreundes brachte im Jahr 1983 die Alternativzeitung „Celler Zündel“ einen Artikel von Dietrich Höper. An der Durchsetzung der Reformation im Lüneburger Land war, so Höpers Argumentation, der damalige Herzog Ernst vor allem auch deshalb interessiert, um die Verschuldung des Herzogtums auf Kosten der katholischen Klöster zu lösen.

Da wir nicht wirklich darauf hoffen können, dass dieser Aspekt in den großen Ausstellungen zum Reformationjubiläum hinreichend gewürdigt wird, veröffentlichen wir den Artikel mit Dietrich Höpers Zustimmung erneut.

Wenn das zum "Lutherjahr" erhobene 1983 mit dem 10. November, dem Geburtstag des Reformators, seinen Höhepunkt und sein Ende erreicht, wollen wir dies nicht unerwähnt lassen. Wir haben uns darum mit einer der Wirkungen der lutherischen Lehre im Lüneburger Land beschäftigt. Dabei ist ein Bild herausgekommen, das entgegen vielen schönfärbenden Berichten den großen Förderer der Reformation in Celle, Herzog Ernst, den später sogenannten Bekenner, nicht gerade uneigennützig erscheinen lässt (siehe Grabplatte, unten rechts).

Eineinhalb Jahre nach Luthers 95-Thesen-Anschlag im sächsischen Wittenberg bekriegten sich in der 'Hildesheimer Stifts-Fehde' die Herzöge von Wolfenbüttel und Calenberg mit ihrem Vetter dem Herzog von Braunschweig-Lüneburg (dem 'Celler Herzog'), Heinrich dem Mittleren, und seinem Verbündeten, Bischof Johann von Hildesheim.

Es ging in diesem Krieg nicht um Glaubensfragen oder sonst eine 'höhere Sache', sondern allein um politische Macht und mögliche Aushebung der jeweiligen Herrschaftsterritorien.

Trotz des militärischen Sieges über seine Gegner Ende Juni 1519 in der Schlacht bei Soltau erlitt Heinrich der Mittlere eine Niederlage – er hatte bei der Kaiserwahl zum Nachfolger des verstorbenen Maximilians den Verlierer, den französischen König Franz, unterstützt und sich dafür die Ungnade des frisch auf den Thron erhobenen Kaiser Karl V. eingehandelt. Um seine Haut zu retten, übertrug Heinrich seinen Söhnen Ernst und Otto die Regierungsgeschäfte und setzte sich nach Frankreich ab.

Er hinterließ ein Land, das durch die üppige Hofhaltung seines Herzogs und durch die Kriegslasten aus der 'Stiftsfehde' völlig verschuldet war. Bis auf die Stadt und das Amt Celle waren alle Besitztümer des Braunschweig-Lüneburgischen Fürstenhauses verpfändet.

Der 1497 geborene Herzog Ernst, er hatte mehrere Jahre in Wittenberg studiert (vor allem die Theorien des

römischen Rechtes über die absolute Gewalt der Fürsten) und dort Luther kennengelernt, trat im Frühjahr 1521 die Regierungsgeschäfte unter für ihn äußerst ungünstigen Bedingungen an.

Neben den drückenden Schulden lastete die inzwischen vom Kaiser ausgesprochene Reichsacht über dem Fürstentum Lüneburg und ausgerechnet die Gegner aus der 'Stiftsfehde', die Herzöge von Calenberg und Wolfenbüttel, wurden mit der Vollziehung der Acht beauftragt. Sie hätten quasi die Herrschaft im Fürstentum ausüben sollen.

Allerdings besaßen die jungen Celler Herzöge Ernst und Otto im Bruder ihrer Mutter einen starken Förderer. Ihr Onkel nämlich war der damals wohl mächtigste unter den deutschen Fürsten, der Kurfürst Friedrich von Sachsen, später mit dem Namen 'der Weise' versehen. Unter seiner Herrschaft wurde die Universität Wittenberg gegründet, und er ließ Martin Luther den neuen evangelischen Glauben lehren. Dank Friedrichs diplomatischem Eingreifen wurde zwischen den verfeindeten Herzoghäusern im Herbst 1521 im sog. Feldvertrage zu Braunschweig ein Vergleich dahingehend geschlossen, dass beide Parteien ihre Gefangenen herausgeben, die Celler



Herzöge das eineinhalb Jahre zuvor eroberte Schloss Wölpe wieder dem Herzog von Calenberg zurückgeben und dieser dafür genauso wie sein Mitstreiter Heinrich von Wolfenbüttel sich beim Kaiser für die Aufhebung der Reichsacht einsetzen sollten. Auch wenn die Aufhebung der Acht erst fünf Jahre später erfolgte, hatte sie mit dieser Abmachung ihre praktische Bedeutung verloren, und Ernst, dessen Bruder Otto ihm weitgehend die Regierungsgeschäfte überließ, konnte sich ganz der Saniierung seiner Hoffinzen widmen.

Aus dem Lüneburger Land ließen sich nur wenige Erträge ziehen. Der 1531 zum Superintendent des Herzogtums ernannte Urbanus Rhegius, aus Süddeutschland gebürtig, z.B. schilderte die Kargheit des Landes und seiner Bewohner als unfruchtbare Heide, mit kleinen Dörfern und „räucherischen Hütten“, in denen es aussah, wie in einer "Arche Noah", in denen „Hunde, Katzen, Kühe, Kälber, Rosse, Säue, Hühner, Schafe, alles beieinander“ wohnte und in denen „der Bauer auf Stroh lag, alten stinkenden Speck aß und Brot so hart wie ein Bettstein“.

(1)

Nennenswerte Quellen größeren Reichtums besaßen da nur die Klöster mit ihren Ländereien und die Stadt Lüneburg mit ihren Salzvorkommen und -verarbeitungsstätten, deren Besitz sich die patrizischen Familien der Stadt mit dem Klerus teilte.

Was konnte in dieser Lage dem Fürstenhaus mehr dienen als eine Säkularisierung, d.h. Verweltlichung der kirchlichen Güter? Diesen Gedanken jedenfalls fasste der herzogliche Kanzler Förster, der nach der Flucht Heinrichs des Mittleren vorübergehend die Regierungsgeschäfte hauptverantwortlich geführt und später Sohn Ernst in die Politik eingeführt hatte.

Neben dem Gewinn der Klöstergüter und kirchlichen Besitzstände versprach die Entmachtung des Klerus darüber hinaus einen ungeheuren innenpolitischen Machtzuwinn für den Herzog. Zur Ausschreibung und Erhebung von allgemeinen Steuern nämlich war dieser nach gültigem Recht auf die Zustimmung der Vertreter der Stände, des Adels, der Geistlichkeit und der Städte, im Landtag angewiesen. Obwohl Adel und Kirche von der Abgabenlast frei waren, stellten sie die übergroße Mehrheit im Landtag.

Von den Städten waren nur Celle, Uelzen und Lüneburg von Bedeutung. Und die reichste von ihnen, Lüneburg, war eng mit den Prälaten der in ihren Mauern befindlichen Klöstern verbunden, besaßen diese doch ein Viertel aller Lüneburger Salzpflanzen. Wen wundert's, dass die Stadt sich den herzoglichen Geldforderungen weitgehend zu entziehen wusste, zumal ihr enger Verbündeter, der Abt des Klosters St. Michaelis zu Lüneburg, an der Spitze des Landtages stand und dessen Verhandlungen leitete.

Herzog Ernst, nach eigenem Bekunden seit spätestens 1522 Lutheraner, schien der neue Glaube das geeignete Instrument zu sein, in seinem Fürstentum die katholische Kirche auszuschalten und ihre Besitztümer einzuziehen,

„Es zeigte sich nämlich bald, daß Ernst der Bekenner [...] die Reformation seines Landes, so sehr sie ihm auch in erster Linie ein geistiges Anliegen war, zugleich als einen Chance begriff, die drückende Schuldenlast des Fürstentums zu mildern. So, wie er 1531 von den über Jahrhunderte hinweg angesammelten Kleinodien und Silbergeräten in den Pfarrkirchen all das an sich zog und zu Geld machte, was nicht unmittelbar für das gottesdienstliche Zeremoniell benötigt wurde, so gedachte er auch den Klöstern, sofern sie nicht überhaupt aufgegeben wurden und an ihn heimfielen, nur so viel an Gütern und Einkünften zu belassen, wie erforderlich war, um die Existenz der Insassen zu sichern. Das gesamte Vermögen der Prälaten des Landes wurde auf 550000 Goldgulden geschätzt, und nicht ohne eine moralische Berechtigung meinte Ernst, wenigstens einen Teil davon zur Tilgung der Schulden seines Vaters heranziehen zu dürfen, die sich auf 200000 Gulden beliefen.“

Dieter Brosius, Die lüneburgischen Klöster in der Reformation. - In: Reformation vor 450 Jahren. Eine lüneburgische Gedenkschrift. Lüneburg 1980, S. 95-111; hier S. 97-98.

ihre Verbündeten – vor allem Lüneburg – dadurch zu schwächen und letztlich auch seine eigene Herrschaft ideologisch abzusichern. Predigte doch Luther seinen Anhängern, ihren jeweiligen weltlichen Obrigkeiten (und das hieß zu seiner Zeit: fast immer den Territorialfürsten) treue Untertanen zu sein und nur in der Wahl ihres Glaubens Freiheit zu besitzen.

In der Durchführung ihrer Pläne gingen Ernst und sein Kanzler Förster vorsichtig, aber gezielt vor. Als der Leibarzt der herzoglichen Familie, Wolf Cyclop, bereits Anfang des Jahres 1524 öffentlich einen theologischen Streit im lutherischen Sinne mit den in Celle, im Kloster an 'Heiligen Kreuz' lebenden Franziskanern über deren Werkgerechtigkeit aufnahm, erhielt er vom Hof nicht die geringste Unterstützung. Der Herzog scheute noch die offene Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche.

Er wollte durch langsame Infiltration von protestantischen Predigern die evangelische Partei unter den Celler Bürgern erst größer werden lassen, ehe er zuschlug. Außerdem fürchtete er wohl, die Wellen der Bauernkriege könnten seine Untertanen durch zu plötzliche Erschütterungen im Glauben erfassen und diese womöglich sich auch gegen ihn selber erheben lassen. So schützte er z.B. im Mai 1525 durchaus noch die alte Kirche in Lüneburg, als er dem Rat der Stadt befahl, "nachdem sich unlängs viele geschwinde Läufe und Aufruhr begeben", dafür zu sorgen, dass "das Wort Gottes verkündet und so geübt und gehalten werde, wie das seit langer Zeit gebräuchlich gewesen" - allerdings mit dem Zusatz: "bis von christlicher Obrigkeit eine andere Ordnung in der Christenheit eingerichtet werde". (2)

Mit wohldurchdachten Einzelmaßnahmen allerdings, wie den Landtagsbeschlüssen von 1524 und 1527, dass die Klöster genaue Inventarlisten über ihren sämtlichen Besitz an seinen Hof abzuliefern hätten, konnte er dann nach dem Grundsatz, die Klöster gehörten erblich dem Fürsten und schlechte Verwalter müssten abgesetzt werden, verfahren und deren Güter nach und nach vereinnahmen.

Die für den weiteren Verlauf entscheidende Auseinandersetzung zur Durchsetzung der Glaubensreformation (sehen wir einmal von den Geschehnissen in der Stadt Lüneburg ab) wurde der sog. Barfüßerstreit zu Celle.

Ende 1526 forderten die in der Stadt inzwischen zahlreich vertretenen evangelischen Prediger nach vorausgegangenem, heftigen Angriffen auf ihre Lehre durch die Franziskanermönche die Abschaffung der täglichen Messe in alter Gestalt. Ernst kam diesem Verlangen noch im Dezember desselben Jahres mit dem Verbot der Messe nach. Für die Mönche war diese Auflage natürlich unannehmbar. Sie beschwerten sich in Briefen und Unterredungen einerseits beim Herzog und versuchten andererseits durch verstärkte Agitation die Celler wieder völlig auf ihre Seite zu ziehen. Bei den niederen Ständen erzielten sie dabei, nicht zuletzt aufgrund ihrer eigenen kargen Lebensweise und ihrer damit verbundenen Glaubwürdigkeit, große Erfolge; Grund genug für den Fürsten, der sich seine langfristigen Pläne nicht durchkreuzen lassen wollte, jetzt mit starker Hand vorzugehen. Er forderte die Barfüßer auf, ihr Kloster aufzugeben, und drohte ihnen, falls sie dies nicht täten, mit der gewaltsamen Entfernung aus der Stadt. Die Franziskaner zogen es vor zu weichen und gaben damit das entscheidende theologische Bollwerk der katholischen Kirche in Celle auf.



Hiernach konnte die Einführung der Reformation im Herzogtum zügig vorangetrieben werden. Einzig in der Stadt Lüneburg und in einigen Nonnenklöstern trafen die Reformatoren auf nennenswerte Widerstände, doch auch diese waren schließlich 1532 endgültig gebrochen. Braunschweig-Lüneburg galt als eines der ersten Fürstentümer, das vollständig dem neuen evangelischen Glauben anhing. Herzog Ernst konnte seine fiskalischen Ziele erreichen und wurde bald zu einem der wichtigsten Köpfe des 'Schmalkaldischen Bundes', des Zusammenschlusses der evangelischen Fürsten.

(1) Zitiert nach: Adolf Wrede, "Ernst der Bekenner, Herzog von Braunschweig und Lüneburg", erschienen als Schrift Nr. 25 des Vereins für Reformationsgeschichte in Halle 1888, S. 5.

(2) Aus dem Sendschreiben Herzog Ernsts an den Rat von Lüneburg, zitiert nach Wrede, a.a.O., S. 29.

Zeichen setzen

500 Jahre Reformation in Celle

Reformation in Celle – das war nicht nur ein „Mitlaufen“ im religiösen und gesellschaftlichen Veränderungsprozess. Sondern der Residenzstadt kam durchaus eine Vorreiterrolle zu. Noch heute lassen sich deutliche Spuren der Reformation und ihres Gestaltungswillens finden.

Der Reformation und ihren Auswirkungen bis in die heutige Zeit anschaulich und lebendig nachzugehen, haben sich das Bomann-Museum gemeinsam mit dem Residenzmuseum im Celler Schloss und der evangelischen Stadtkirche St. Marien gemeinsam vorgenommen. Vom 14. Mai bis 12. November 2017 findet an drei Ausstellungsorten (in der Stadtkirche St. Marien, im Bomann-Museum Celle und im Residenzmuseum im Celler Schloss) die große Sonderausstellung „Zeichen setzen. 500 Jahre Reformation in Celle“ mit umfangreichem Begleitprogramm statt.



Alle Fakten und Termine sind ab sofort auf der eigens gestalteten Website www.reformation-in-celle.de zu finden

Die Anfänge...

Von den historischen und religiösen Anfängen ausgehend, werden im Bomann-Museum nicht nur außergewöhnliche historische Stücke gezeigt [...] sondern auch mit modernen Mitteln neue Einblicke gewährt – etwa in die Schlosskapelle, die durch eine besondere 3-D-Installation ganz neu erfahrbar wird. Dabei geht es im Residenzmuseum nicht nur um kunsthistorische Kostbarkeiten, sondern auch darum, wie durch Kunst veränderte Machtverhältnisse demonstriert und dokumentiert wurden.

Evangelisch leben heute

Als authentischer Ort der Reformation zeigt die Stadtkirche in ihrer Ausstellung, wie Christen heute aus dem Geist der Reformation leben. Die Stadtkirche als zentraler geistlicher Ort der damals gut 1500 Einwohner zählenden Residenzstadt wird um 1524 Schauplatz erster reformatorischer Reaktionen. Binnen weniger Jahre wurde die Stadtkirche das geistliche Zentrum der Protestanten in Celle. [...]

Vom ABC zur Luther-Socke

„Und jetzt...? Fragt der zweite, am alltäglichen Leben orientierte Ausstellungsteil im Bomann-Museum. Die Reformation ist nicht beendet, sie wirkt weiter – aber was feiern wir 2017? Welche Spuren der Reformation sind im heutigen Alltag zu finden und was hat sich verändert? Da wären zum Beispiel die veränderte Bestattungskultur oder die ersten Anstöße für eine Schulbildung für alle, für Jungen und Mädchen! Aber die Schau betrachtet auch den Mythos um Luther – zwischen Heroisierung und Hype, Legende und Wahrheit. Auf der Website www.reformation-in-celle.de sind alle bislang feststehenden Termine wie Sonderführungen, museumspädagogische Aktivitäten und besondere Events zu finden. Anschaulich gestaltet, hält sie vertiefende Informationen zum großen gemeinschaftlichen Ausstellungsprojekt fest. Anmeldungen und Buchungen sind ab sofort möglich. (Pressemitteilung Bomann-Museum)



Auf 120 Seiten und mit 53 Stationen ist jetzt unter dem Titel „...wo die Juden Häuser bekanntlich sind“ ein „Rundgang zur jüdischen Geschichte Celles“ erschienen. Der Historiker Tim Wegener orientiert sich dabei an den Wohn- bzw. Geschäftshäusern der bis 1944 in Celle lebenden jüdischen Familien. Zu ihren Mitgliedern hat der Autor lebensgeschichtliche Eckpunkte zusammengefasst und dies mit den Erfahrungen von Integration und Diskriminierung verbunden. Er konnte sich dabei auf etliche in den vergangenen Jahre erschienenen Studien stützen. Über diesen topografischen und biografischen Ansatz gelingt ein kompakter Überblick über die jüdische Gemeinde Celles vom Beginn im späten 16. Jahrhundert bis zu Emigration bzw. Deportation in den 1930er und 1940er Jahren. Wer den Stationen des Rundgangs folgt, kann feststellen, dass die jüdische Gemeinde Celles in sozialer Hinsicht sehr heterogen war. Neben Familien, die es über Handel und Gewerbe bzw. als Freiberufler zu Wohlstand gebracht hatten, finden sich auch etliche Personen und Familien, die der Angestellten- und Arbeiterschicht zuzurechnen sind. Aus diesen unterschiedlichen Lebenslagen erklärt sich auch die unterschiedliche Quellenlage und damit der unterschiedliche Umfang der Stationen.

„Kleine Leute“ hinterlassen in ihren Leben in der Regel weniger archivierte Material.

Der Band ist reich illustriert mit Fotos der beschriebenen Personen oder Familien und ihrer Wohn- oder Geschäftshäuser. Daneben hat Wegener neben anderen auch zwei Dokumente aufgenommen, die sich für den regionalgeschichtlich Unterricht eignen: Ein Gestaposchreiben über die Verhaftung von drei jüdischen Männern am Folgetag der Pogromnacht vom 9. November 1938 – und damit im Zusammenhang stehend den Entlassungsschein aus dem KZ Sachsenhausen einen Monat später für Viktor Roberg.

Die einzelnen Stationen sind auf einer ausklappbaren Karte topographisch markiert und folgen tatsächlich der Idee eines Rundgangs, beginnend an der Synagoge durch die Altstadt hin zu Schwicheldtstraße, von wo aus man/frau sich für drei Punkte dann noch auf die nördliche Allerseite begeben müsste. Im Text gekennzeichnet sind zusätzlich die Stationen, an denen Stolpersteine verlegt sind.

Zu Eckpunkten des Rundgangs gehören die Synagoge und der Jüdische Friedhof Am Berge, in denen sich eine rund 250 Jahre währende Geschichte zeigt, die mit dem Terror des NS-Regimes einen einschneidenden Bruch erfahren hat. Diese Geschichte, die sich immer zwischen den Assimilation, Integration und antisemitischem Resentiment und diskriminierender Verfolgung bewegte, beschreibt Wegener überblicksweise in der Einleitung.

Der Band ist eine gelungene Ergänzung zu den ähnlich angelegten Stadtführern zur Geschichte Celles im Nationalsozialismus bzw. zu der Broschüre zu den in Celle verlegten Stolpersteinen.

Tim Wegener: ...wo die Juden Häuser bekanntlich sind. Rundgang zur jüdischen Geschichte Celles. Kleine Schriften zur Celler Stadtgeschichte. Band 16. Celle 2016. 120 S., brosch., 12,50 Euro



Nationalsozialistische Hetzpropaganda aus dem Jahr 1935; als Flugblatt anlässlich eines Kreisparteitags der NSDAP der Celleschen Zeitung beigelegt.

Clubfahrt des ACE

Gedenkstätte Esterwegen

Die 15 Emslandlager waren in den Jahren von 1933 bis 1945 und darüber hinaus zum Teil als Konzentrationslager, als Straflager, als Kriegsgefangenenlager und danach noch als DP-Camp verwendet worden. Der „Auto Club Europa e.V.“ (ACE) Kreis Südheide veranstaltet am 8. Juni 2017 dorthin seine „Clubfahrt“. Abfahrt in Celle ist um 7:15 Uhr auf dem Schützenplatz. Das Programm vor Ort: 10:15 Uhr - Begräbnisstätte Esterwegen, 10:45 Uhr - Gedenkort Börgermoor, 12:15 Uhr Mittagessen – Wirtshaus am Zeitspeicher in Papenburg, 14:00 Uhr Führung in der Gedenkstätte Esterwegen mit Kurt Buck, 17:00 Uhr Rückfahrt

Der Teilnahmebeitrag beträgt 20 Euro für die Busfahrt, inkl. Mittagessen und Beitrag für die Führung. Die Kosten für die Fahrt werden größtenteils von verschiedenen Abgeordneten des Bundestages, der SPD, der Partei DIE LINKE sowie des AWO OV Hannover Mitte-Süd getragen.

Anmeldung: ACE-Kreis Südheide | Klaus Meier | Rehbockstr. 3 | 29225 Celle - Telefon: 05141 46822 oder 0170 3260618 | Mail: kjhhmeier49@gmail.com

Den NSU-Komplex im Rahmen der rassistischen Normalität der deutschen Gesamtgesellschaft verstehen...

Vortrag von Karima Popal-Akhzarati mit anschließender Diskussion - Mittwoch, 03.05.2017, 19 Uhr, Kreuzkirchengemeinde, Windmühlenstraße 45

Wie konnten Neonazis Jahrelang unentdeckt mordend durchs Land ziehen? Wieso kamen die Behörden ihnen nicht auf die Spur? Warum haben sie vielmehr im Umfeld der Opfer ermittelt? Um das zu verstehen werfen wir einen Blick auf den Alltagsrassismus sowie den strukturellen / institutionellen Rassismus, also das gesellschaftliche Klima, in dem solche Taten möglich sind.

Diesen Fragen geht Karima Popal-Akhzarati in ihrem Vortrag nach. Karima Popal-Akhzarati hat in Göttingen Geschlechterforschung und Islamwissenschaften studiert und ist aktiv in der politischen Bildungsarbeit mit Schwerpunkten zu Rassismus, Flucht & Migration, Kolonialismus und Gender.

Der NSU wird in der medialen und politischen Öffentlichkeit überwiegend mit Beate Zschäpe, dem „Terror Trio“ und/oder Rechtsextremismus verhandelt. Mit diesem Fokus werden die Morde und die Bombenanschläge des NSU erklärt. Doch wie erklären sich die jahrelangen polizeilichen Ermittlungen gegen die Opfer und Betroffene trotz stichhaltiger Hinweise von Zeug*innen? Oder der mediale Umgang mit den Opfern und Betroffenen sowohl vor als auch nach der Selbstenttarnung des NSU im Jahr 2011? Wie kann man (sich) erklären, dass das Wissen und die Stimmen der Betroffenen und der migrantischen Community durchgehend von der Polizei, den Medien und der breiten Gesellschaft in Deutschland ignoriert wurde und immer noch wird?

Hierzu bieten der strukturelle und institutionelle bzw. der gesamtgesellschaftliche Rassismus einen analytischen Zu-

gang zu diesen Fragen. Im Vortrag wird Karima Popal-Akhzarati darauf eingehen, was struktureller/institutioneller Rassismus ist und wie er funktioniert. Darauf aufbauend wird sie anhand des NSU-Komplexes diesen Rassismus als Grundlage für die jahrelangen Morde und Bombenanschläge des NSU aufzeigen. Der NSU-Komplex als auch die heutigen gesellschaftlichen rassistischen Verhältnisse in Deutschland stehen in einer historischen Kontinuität. Dies wird Popal-Akhzarati am Beispiel der rassistischen Pogrome und Anschläge auf Geflüchtetenunterkünfte der 1990er nachzeichnen.

Veranstalter sind der Arbeitskreis Ausländer, das Diakonisches Werk Celle sowie das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Der Eintritt ist frei.

Support nach rechten Angriffen

Ab Mai gibt es in Niedersachsen das Projekt „RespAct – Solidarisch mit Betroffenen rechter Gewalt“, das Persons of Color, Jüd*innen, Rom*nja, Sint*ezza, Muslima*e, LGBTTIQ*, behinderte oder wohnungslose Personen oder Personen, die sich z.B. gegen Ideologien der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit engagieren, unterstützt, berät und begleitet.

Rechte Gewalt hat viele Besonderheiten:

- Angegriffen werden Einzelne, die von den Angreifer*innen als Vertreter*innen einer homogenen Gruppe imaginiert werden, was dazu führt, dass sich ganze Communities oder Szenen durch die Taten bedroht fühlen (sollen) und dass man durch persönliches Verhalten eine Wiederholung der Tat kaum vermeiden kann, weil es meist nicht um die einzelne Person und deren Verhalten geht

- die Taten zielen oft auf Erniedrigung, Demütigung oder Verdrängung einer Gruppe ab

- Die Taten sind aufgrund der zugrundeliegenden menschenverachtenden Ideologie oft besonders brutal und enthemmt

- Betroffen sind Personen, die überdurchschnittlich oft schlechte Erfahrungen mit Behörden, öffentlicher Solidarisierung oder Presse gemacht haben

RespAct unterstützt Betroffene nach ihren Wünschen und Bedarfen, z.B. informieren wir zu möglichen positiven und negativen Folgen einer Anzeige und Rechten im Strafverfahren und begleiten zu Terminen bei Polizei und Gericht. RespAct bietet auch solidarische Öffentlichkeitsarbeit oder Gespräche zu Stress oder Befürchtungen, Verbesserung der Sicherheit oder Erklärungen, was nach einem Angriff im Gehirn passieren kann. Viele andere Unterstützungsformen sind möglich.

RespAct berät kostenlos und auf Wunsch anonym. RespAct ist an die professionelle Schweigepflicht gebunden und agiert nicht gegen den Willen der Betroffenen. Landesweit rechte Angriffe werden auf der www.respact-nds.de dokumentiert. Auch wenn wir Mittel aus Fördertöpfen gegen Rechts („extremismus“) erhalten, geben wir definitiv keine Daten zu Personen oder Angriffen weiter.

Email: hannover@respact-nds.de und oldenburg@respact-nds.de, auch mit PGP. Jabber auf Anfrage.

Von Luther zu Hitler

Ohne den deutschen Protestantismus mit seiner starken Bindung an den preußischen Obrigkeitsstaat hätte es den Nationalsozialismus in seiner spezifischen Ausprägung – also völkisch, revanchistisch, radikal antisemitisch – nicht gegeben. So lässt sich zugespitzt ein Fazit des Vortrags von Dr. Jens-Christian Wagner Mitte März in der Celler Synagoge ziehen. Der Geschäftsführer der Stiftung Niedersächsische Gedenkstätten wies zu Beginn darauf hin, dass der Titel der Veranstaltung sich so schon 1941 bei dem US-amerikanischen Politikwissenschaftler William Montgomery McGovern („From Luther to Hitler“) wie auch bei Raul Hilberg findet. Auch wenn es in Deutschland inzwischen umfangreiche Untersuchungen zur Nähe von (protestantischer) Kirche und Nationalsozialismus gibt, dominiere in der Öffentlichkeit eine Sicht von der Unvereinbarkeit von Kreuz und Hakenkreuz.



Anhand zweier Karten zeigte Wagner auf, dass in den protestantischen Gebieten des Deutschen Reiches die NSDAP deutlich bessere Ergebnisse erzielte als in den katholisch geprägten Regionen. Er führte dies zurück auf ein obrigkeitsstaatlich ausgerichtetes Denken, das den Protestantismus von Beginn an beherrscht habe. Luther fordere die freiwillige Unterwerfung unter die Obrigkeit. Der Augsburger Religionsfrieden von 1555 ermächtigte dann den jeweiligen Landesherrn dazu, die Religion seiner Untertanen zu bestimmen („*Cuius regio, eius religio*“). Im Wilhelminismus war der Kaiser gleichzeitig der oberste Kirchenherr, während im Unterschied dazu die Verbindung von Staat und Kirche im Katholizismus



durch die Rolle des Papstes für die Gläubigen weit weniger eng war. Protestanten, so Wagner, identifizierten sich mit dem preußischen Obrigkeitsstaat.

Protestantische Milieus zeigten sich anfällig für den in den 1880er Jahren aufkommenden rassistischen Antisemitismus; die Wirtschaftskrise befeuerte dabei eine Weltsicht, in der – wie der Theologe Adolf Stöcker predigte – Großkapital wie Sozialdemokratie als „verjudet“ galten.

Die Demokratie der Weimarer Republik wurde dann in Teilen des Protestantismus als „*Ausdruck der Verjudung*“ bekämpft. Gegen Ende der Republik wurde, was Wagner mit einigen Zahlen und Ereignissen belegte, die Nähe von evangelischen Theologiestudenten wie auch Pfarrern immer deutlicher. Im Jahr 1931 waren bereits ein Viertel der Pastoren Mitglied der NSDAP.

Als Speerspitze der „völkischen Revolution“ erwies sich die „Innere Mission“. Wagner verwies u.a. auf die „Erklärung von Treysa“, in der der „Eugenische Ausschuss“ der Inneren Mission 1931 die Sterilisierung „erbbiologisch schwer Belasteter“ als „religiös-sittlich“ rechtfertigte. Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ vom Juli 1933 war insoweit auch eine Umsetzung protestantischer Überzeugungen.

Wagner ging in seinem Vortrag ausführlich auf den sogenannten „Kirchenkampf“ ein, der für die protestantische Zerrissenheit steht. Die dem NS nahestehende „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ (DC) bekam bei den Kirchenwahlen im Juni 1933 70 % der Stimmen. Bis auf drei Landeskirchen führten daraufhin alle anderen das „Führerprinzip“ ein. Auf der Nationalsynode wurde ein „Arierparagraphen“ erlassen, der die Entlassung nicht-arischer Pfarrer und Kirchenbeamter vorsah.

Unter anderem als Reaktion auf diesen Arierparagraphen organisierte sich die mit dem Namen Niemöller verbundene innerkirchliche Opposition mit dem Namen „Bekennende Kirche“ (BK). Aber auch dort gab es Loyalitätsbekundungen gegenüber dem nationalsozialistischen Staat und seinem rassistischen Antisemitismus. Wagner zeigte dies an etlichen Beispielen. Wie ambivalent sich Kirchenobere verhielten, verdeutlichte er u.a. an Theophil Wurm. Vier Wochen nach dem Novemberpogrom 1938 schrieb der sich der BK zurechnende württembergische Landesbischof an Reichsjustizminister Gürtner: „*Ich bestreite mit keinem Wort dem Staat das Recht, das Judentum als ein gefährliches Element zu bekämpfen.*“ Im Juli 1943 setzte er sich in einem Brief an Hitler für zum Protestantismus konvertierter Jüdinnen und Juden ein. Diese sogenannten „privilegierten Nichtarier“ seien in Gefahr, behandelt zu werden wie Juden: „*Diese Absichten stehen, ebenso wie die gegen die anderen Nichtarier ergriffenen Vernichtungsmaßnahmen, im schärfsten Widerspruch zu dem Gebot Gottes und verletzen das Fundament alles abendländischen Daseins und menschlicher Würde überhaupt.*“

Wagner kritisierte abschließend, dass sich unter den gut 500 Veranstaltungen zum Reformationsjubiläum in Celle gerade mal eine sei, die sich mit der Frage befasse, warum der Protestantismus gesellschaftlicher Türöffner für den Nationalsozialismus werden konnte.

... und wie jetzt weiter in Deutschland

Jetzt bin ich schon einige Zeit in Deutschland. Ich habe zuerst, nachdem von mir Fingerabdrücke und Fotos gemacht wurden, einen Ankunftsausweis bekommen. Wie das mit dem Asylverfahren läuft, wurde mir nicht so recht erklärt. Ich habe auch keinerlei Ahnung davon gehabt. Mohamed hatte mir erzählt, Asyl in Deutschland zu bekommen sei einfach. Ach so, ich bin übrigens Ahmad.

Rakan hatte mir dann erzählt, wenn ich drei Monate diesen Ankunftsausweis habe, habe ich die Möglichkeit, an Sprachkursen teilzunehmen oder auch eine Arbeit aufzunehmen. Rakan hatte sich nämlich bei Beratungsstellen, die für Flüchtlinge Informationen geben, informiert und hat dort ganz viel erfahren. Die haben ihm in vielen Situationen weitergeholfen.

Ich habe später Mohamed wiedertreffen. Er konnte schon seinen Asylantrag stellen, zumindestens hat er dieses formal sicherstellen können und hat deswegen eine Aufenthaltsge-stattung zur Durchführung des Asylverfahrens erhalten. Er war aber total verzweifelt und hat mir dann erzählt, dass er vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge die für den Antrag zuständig sind, eingeladen wurde. Die haben ein Gespräch zur Bestimmung des zuständigen Mitgliedsstaates zur Durchführung des Asylverfahrens durchgeführt. Er hat natürlich alle Personalien und persönlichen Daten angeben müssen, aber dann ging es in dem Gespräch nur noch darum, über welchen Weg er nach Deutschland gekommen ist und das Bundesamt hat dann beim Abgleich der Fingerabdrücke festgestellt, dass er in Ungarn gewesen ist und dort auch Fingerabdrücke abgegeben hat. Bei dem Gespräch wurde Mohamed dann erklärt, dass er damit rechnen müsste, nach Ungarn abgeschoben zu werden, weil Deutschland nicht für sein Asylverfahren zuständig sei. Darüber würde er jedoch einen Bescheid erhalten. Die haben gar nicht gefragt, warum er aus Syrien geflüchtet ist, das wollten sie alles gar nicht wissen. Mohamed hat mir dann erzählt, was ihm alles Schlimmes in Ungarn passiert ist.

Ich habe das alles gar nicht verstanden was da jetzt passiert. Ich musste mich im Internet informieren und habe dabei festgestellt, dass das, was da lief, Dublinverfahren heißt. Dublinverfahren bedeutet nämlich, dass in Europa das Land für das Asylverfahren zuständig ist, in dem der Flüchtling das erste Mal, wenn ich das einmal einfach ausdrücke, den Boden betreten hat und bei Mohamed war das eben Ungarn und nun sollte Ungarn auch für das Asylverfahren zuständig sein.

Rakan, den ich mal bei einem Café für Flüchtlinge getroffen habe, erzählte mir, dass er genau die gleiche Situation wie Mohamed hatte und dann, nach dem persönlichen Gespräch beim Bundesamt, nach ein paar Tagen einen Bescheid erhalten hat in dem stand, dass er die Bundesrepublik Deutschland innerhalb einer Woche verlassen soll und sonst nach Ungarn abgeschoben wird. Diesem Brief waren ganz viele Papiere beigelegt. Einige waren auch auf Arabisch geschrieben, aber es war total unverständlich was da drin stand, hat Rakan erzählt. Er hatte damals schon Kontakt mit einem Rechtsanwalt gehabt, der ihm die ganze Sache erklärt hat. Das große Problem war, dass, wenn er ge-

gen diesen Bescheid nichts unternimmt, ihm die Abschiebung nach Ungarn droht und er hatte nur eine Woche Zeit, gegen diesen Bescheid etwas zu machen, weil sonst die Frist verstrichen wäre. Rakan war sehr glücklich, dass sein Rechtsanwalt ihn auf diese Situation hingewiesen hat und für ihn dann gegen den Bescheid den Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung der Klage eingereicht hat und gleichzeitig auch die Klage eingereicht hat. Das waren Schreiben die der Anwalt an das zuständige Verwaltungsgericht übersendet hat.

Rakan war glücklich, dass er die Unterstützung durch einen Rechtsanwalt hatte. Das kostete zwar Geld, aber Rakan sagt im Nachhinein, dass er sonst das ganze Asylverfahren in Deutschland nicht geschafft hätte. Der Anwalt hat dann durch den Eilantrag und die Klage erreicht, dass Rakan nicht nach Ungarn abgeschoben werden darf, sondern Deutschland für das Asylverfahren zuständig ist. Rakan erzählte mir dann, dass der Anwalt ihn auch in den weiteren Schritten des Asylverfahrens begleitet hat und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge ihm später die Flüchtlingseigenschaft im Rahmen der Genfer Flüchtlingskonvention gegeben hat. Rakan war damals sehr, sehr glücklich weil dies die Möglichkeit für ihn eröffnete, seine Frau und seine minderjährigen Kinder nach Deutschland zu holen. Rakan meinte, dies hätte er nie ohne Unterstützung durch einen Rechtsanwalt geschafft.



Er hatte auch noch einige Sachen über das Asylverfahren berichtet, das hat mich besonders interessiert, weil das ja noch auf mich zukommt. Sein Anwalt hat immer darauf hingewiesen, dass die persönliche Anhörung das zentrale Moment im Asylverfahren ist und er sich sehr genau auf diese vorbereiten soll. Der Anwalt hatte auch ein paar Hinweise gegeben und alles mit Rakan besprochen. Was ich davon noch behalten habe war, Rakan wurde erst einmal nach allem befragt, was mit seiner ganzen Familie zu tun hat, wo er herkommt, es wurde schlichtweg geprüft ob es tatsächlich stimmt, dass er aus Aleppo kommt. Er musste Sachen beschreiben, Straßennamen nennen, wurde gefragt, wie weit Homs von Aleppo entfernt ist und all solche Sachen. Rakan hatte erzählt dass er ganz große Angst hatte, etwas Falsches zu sagen. Sein Anwalt hatte nämlich erzählt, dass er genau darauf achten soll wie die Frage gestellt wird und dass er dann auch die richtige Antwort gibt. Bei der Anhö-

nung war ein Dolmetscher vom Bundesamt dabei, der auf Arabisch übersetzt hat. Aber auch dabei musste Rakan genau aufpassen, dass er die Frage genau versteht. Rakan wollte gerne darüber berichten, warum er nach Deutschland geflüchtet ist, aber dies durfte er nicht. Er wurde vom Anhörer unterbrochen. Er wurde dann genau befragt, wie er nach Deutschland gekommen ist, wo er sich wie lange aufgehalten hat, er musste ganz genau die Tage, die Dauer und das Datum benennen. Rakan berichtete, dass es sehr gut gewesen ist, dass sein Rechtsanwalt ihn darauf vorbereitet hat und er sich vorher zu Hause schon seinen Fluchtweg aufschreiben konnte und dabei darauf geachtet hat, dass sich keine Widersprüche in den Daten ergeben. Dies sei nämlich nach Auskunft seines Anwalts ein großes Problem, weil er sich dadurch unglaublich machen würde und der Anhörer beim Bundesamt den Eindruck gewinnen könnte, dass er lügt. Da Rakan sich vorbereitet hatte konnte er dann den Fluchtweg sehr detailliert beschreiben.

Erst wurden all diese Angelegenheiten besprochen, überwiegend hatte immer der Anhörer Fragen gestellt und Rakan musste dann antworten, er hatte gar keine Möglichkeit, selbst irgendetwas noch zusätzlich zu erzählen. Er wurde dann immer unterbrochen und darauf hingewiesen, dass man darauf später zurückkommen würde.

Dann war es soweit. Er wurde aufgefordert zu erzählen, warum er in Deutschland Asyl wünscht. Rakan berichtet, dass er, als der Anwalt ihm das erzählte, dachte, Deutschland weiß doch, was in Aleppo los ist und dass man dort nicht leben kann und getötet wird.

Der Anwalt hatte Rakan darauf hingewiesen, dass das nicht ausreicht. Er muss in Deutschland selbst seinen Asylgrund ausführlich und detailreich ohne Widersprüche erzählen. Rakan hatte auch Bilder und Emails mitgenommen und konnte diese dort vorlegen, weil er sich vorbereitet hatte. Das Bundesamt erwartete, dass er seine Fluchtgründe wahrheitsgemäß, detailreich, lebensnah und widerspruchsfrei und vollständig darstellt. Dafür hatte sich Rakan vorher schon Zeit genommen und dieses für sich aufgeschrieben und mit seinem Rechtsanwalt besprochen. So konnte er auch Sachen erzählen, über die er sonst nicht gesprochen hätte. Er konnte auch sehr bildhaft und detailreich beschreiben, was er in Aleppo erlebt hat. Der Rechtsanwalt hatte ihn auch ermuntert, dieses zu schildern, weil das persönliche Schicksal wichtig ist. Die Schilderung über die Fluchtursachen sollte mit der eigenen Person verknüpft sein. Der Rechtsanwalt meinte, dass es nicht ausreicht wenn man berichten würde, dass das Haus zerbombt wurde oder der Bruder entführt wurde, um die Flüchtlingseigenschaft in Deutschland zu bekommen.

Aus Rakans Schilderung habe ich für mich mitgenommen, dass es wichtig ist sehr früh einen Rechtsanwalt einzubeziehen, weil es mit dem Asyl in Deutschland nicht so einfach zu sein scheint. Rakan hatte dann die Anerkennung der Flüchtlingseigenschaft erhalten. Dazu musste er begründen, dass er berechtigt vor Verfolgung geflüchtet ist. Dies kann sein wegen politischer Überzeugung, ethnischer Herkunft, Religion, Nationalität, Geschlecht oder Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe im Herkunftsstaat. Er hat dann eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre bekommen und den blauen GFK-Pass.

Rakan hatte mir berichtet, dass er bei den Fristen aufpassen musste. Er hatte nämlich die Möglichkeit der Familienzusammenführung. Er durfte seine Frau und seine Kinder

nach Deutschland holen. Dazu gibt es Fristen, die unbedingt eingehalten werden müssen. Er hat von einer Frist gesprochen, ich glaube von zwei Monaten oder so, bis dahin muss alles beantragt sein. Es können auch drei Monate gewesen sein, das soll aber ganz viel Papierkram gewesen sein, den Rakan da erledigen musste. Auch da war er glücklich, dass sein Rechtsanwalt ihn schon auf diese Situation vorbereitet hat und er mit Beratungsstellen die entsprechenden Formulare vorbereiten konnte und die Anträge sozusagen nur noch abgeben musste. Natürlich musste er mit seiner Familie dann auch noch einige Sachen klären, aber er hat es mit der Hilfe, die er erfahren hat, geschafft.

Zahra erzählte mir, dass sie vom Bundesamt bei der Anhörung auch befragt worden ist. Sie hat auch alles erzählt, hat dann aber einen Brief vom Bundesamt bekommen in dem steht, dass ihr die Flüchtlingseigenschaft nicht gewährt wurde, sondern subsidiärer Schutz. Was das ist konnte mir Zahra nicht erzählen. Ich habe dann im Internet mal nachgeschaut. Subsidiärer Schutz wird gewährt, wenn ein Abschiebeverbot auf Grund der Gefahr von Folter, unmenschlicher Behandlung oder eines bewaffneten Konfliktes im Herkunftsstaat vorliegt. Sie hat eine Aufenthaltserlaubnis für ein Jahr erhalten, die dann verlängert werden kann.

Zahra weinte und erzählte mir dann, dass in dem Brief stand, dass sie ihren Mann und ihre minderjährigen Kinder bis zum 16. März 2018 nicht nach Deutschland holen darf. Ich habe das irgendwie gar nicht verstanden, was Zahra mir da erzählte, aber sie hat mir das Papier gezeigt und da stand das tatsächlich drin. Und dort stand dann, dass sie auch nur 14 Tage Zeit hat, gegen diesen Bescheid eine Klage einzureichen. Ich bin mit ihr zu einer Beratungsstelle gegangen, die für Flüchtlinge da ist und die haben Zahra eine Anschrift von einem Rechtsanwalt gegeben mit dem sie Kontakt aufgenommen hat. Da ich das gar nicht verstanden habe, habe ich mich dann auch weiter informiert und erfahren, dass dies eine Regelung ist, die noch nicht so lange besteht und viele Menschen die aus Syrien kommen und hier einen Antrag auf Asyl stellen, nur noch subsidiären Schutz erhalten.

Fadi sagte, das wäre ihm auch fast passiert, aber er hat einen Rechtsanwalt einbezogen, der ihn in der Angelegenheit vertreten hat und so gelang es ihm, nachdem er gegen den Bescheid vom Bundesamt, in dem ihm nur subsidiärer Schutz gewährt wurde, durch eine Klage die Flüchtlingseigenschaft zu bekommen wie Rakan sie auch erhalten hat und Fadi konnte dann seine Familie auch vor dem 16. März 2018 nach Deutschland holen.

Nachdem ich mich jetzt mit dem Asylverfahren in Deutschland etwas beschäftigt habe, habe ich zwar etwas Ahnung. Aber ich glaube, dass ich möglichst schnell, und ich denke dies sollten alle Geflüchteten machen, mit einem Fachanwalt für Asyl- und Ausländerrecht Kontakt aufnehmen, damit der mich in dem Asylverfahren begleitet. Das Geld das ich da bezahlen muss ist für meine Zukunft gut angelegt.

AK Ausländer Celle, März 2017

PS.: Die Geschichte ist fiktiv, aber entspricht den Erfahrungen von vielen Geflüchteten aus Syrien und anderen Herkunftsländern. Auf den beiden folgenden Seite gibt es den Text in arabischer Sprache und Schrift. Wir denken, es wäre nützlich, wenn Leser*innen Geflüchteten aus Syrien das Heft oder eine Kopie des Textes weitergeben würden.

هارب من سوريا- وماذا الان في ألمانيا

خبرات لاجئ في معاملة اللجوء

صار لي مدة في ألمانيا، بعد ان بصمت وأخذوا لي صور أخذت بطاقة وصول حيث لا اعلم كيف تسير معاملة اللجوء ، ولم يخبرني احد بذلك ، وليس لدي . خبرة في هذا الموضوع أبدا

اخبرني صديقي محمد ان اللجوء في ألمانيا بسيط جدا، أنا اسمي احمد ، وايضاً صديقي رakan اخبرني عندما يكون لدي بطاقة وصول بعد ثلاثة اشهر أستطيع الدخول الى دورتعليم اللغة الألمانية وأستطيع ان اعمل

صديقي رakan ذهب الى مركز لمساعدة اللاجئين حيث اعطوه الكثير من المعلومات عن عملية اللجوء ، وهذه المعلومات ساعدته في تسهيل الإجراءات

وبعد فترة التقيت صديقي محمد ، وقد استطاع تقديم طلب اللجوء رسمياً، وهو بانتظار النظر في موضوع إقامته، بينما هو كان في حالة من القلق حيث ان المكتب الاتحادي للهجرة واللاجئين قد بعث له المسؤول عن طلب لجوءه للحوار معه بخصوص إثبات أي دولة . أوروبية مسؤولة عن طلب لجوءه

وقد افاد بالمعلومات التي تخص ملف العائله كاملا ، لكن في هذه المقابلة كان كل الحديث فقط عن الطريق الذي سلكه للوصول الى ألمانيا، ومكتب اللجوء قد اكتشف بعد مطابقة البصمات ان له بصمة في هونغاريا ، ومن خلال الحديث بينوا له عن إمكانية إعادته لهونغاريا ، لان ألمانيا ليست مسؤولة عن طلب لجوءه ، وبهذا الخصوص سيرسل له قرار من المكتب الاتحادي للهجرة واللاجئين ، دون ان يستجوب بخصوص الأسباب التي جاءت به من سوريا، والمعاملة السيئة التي تلقاها في هونغاريا

هذه المعلومات كانت غريبة بالنسبة لي وغير مفهومة ، وفي الانترنت وجدت المعلومات التي تفيدني ، وهناك قد كتب بان ما حصل لصديقي تابع لاجراءات اتفاقية دبلن ، التي تعني ان البلد المسؤولة في اوربا عن إجراءات اللجوء لشخص ما هي البلد التي بصم فيها اولا ولهذا كانت هونغاريا ، هي البلد المسؤول عن لجوء صديقي محمد

رakan الذي التقينته مرة في المقهى ، الذي حصل معه نفس الشيء ، استلم قرار وجوب مغادرة ألمانيا خلال أسبوع مع أوراق مترجمة للعربية ، وكان مقرر إعادته لهونغاريا ، فوكل محامي لفهم هذا القرار ، والمشكلة الكبيرة كانت اذا لم يطعن هذا القرار سيعاد خلال أسبوع لهونغاريا

المهم جدا في معاملة اللجوء التركيز على المدة المعطاة من قبل مكتب اللجوء لطعن القرار ، فكان رakan سعيد جدا ان المحامي شرح له هذا الوضع ، وقد طعن بالقرار وطلب وقف العمل بقرار التسفير الى هونغاريا ، هذه رسائل كتبها المحامي ، وبالرغم من دفع رakan المال للمحامي حيث انه بدون مساعدة المحامي فان معاملة لجوءه الى ألمانيا ستكون مستحيلة

الطلب العاجل من المحامي والطعن في القرار لترحيله الى هونغاريا لاقى نجاحا ، رakan أشار لي ان المحامي قد ساعده في الخطوات القادمة في طلب لجوءه ، وان المكتب الاتحادي للهجرة واللاجئين بعد مدة سمح بحق اللجوء من خلال اتفاقية جنيف للاجئين ، وهكذا فسح المجال لصديقي رakan إمكانية لم الشمل لعائلته ، وهذا ما كان ليتم دون مساعدة المحامي

وتكلمنا كثير عن إجراءات لجوءه ، وأعطاني هذا معلومات مهمة جدا أفادتنني في اجراء لجوءي ، المحامي أكد في كلامه انه في السمع الشخصي مهم جدا ان يكون الشخص مستعدا (persönliche Anhörung) لها

فهمت من رakan انهم اولا يسألون عن العائله والمدينة التي جاء منها ، ولم يكن كافيا بالنسبة لهم ذكر اسم البلد ، بل كان عليه تسمية الشارع للمقيم فيه والسؤال عن الشوارع القريبة من سكنه، رakan كان يخشى هذا الموعد ، لان المحامي قد حذره من الحديث باي تفاصيل مغلوبة

في السمع الشخصي يكون هناك أيضا مترجم ، ومع هذا كان على رakan التركيز في فهم الأسئلة المطروحة عليه

رakan كان يود شرح الأسباب التي جعلته يترك سوريا ، لكنهم لم يسمحوا له بذلك ، قالوا له لاحقا ، اهم شي عندهم معرفة كيف وصل الى المانيا كان عليه تسمية الدول التي مر بها والوقت الذي أمضاه هناك ، ومع ذكر

في كل الإجراءات كان مهم جدا ان يلتزم بالوقت المحدد .
الممنوح من قبل المحكمة

مثلا لطلب لم الشمل لزوجته واولاده هناك وقت محدد لذلك، أنا اعتقد بان الوقت المحدد له كان لشهرين لتقديم طلب لم الشمل ، وكان عليه كتابة أوراق كثيرة ، وحصل على مساعدة كبيرة من المحامي الذي شرح له الوضع وساعده في كتابة الطلبات ، وكان على رakan فقط إرسالها في البريد

اعرف أنسة اسمها زهرة قد ذهبت لهذا الاستجواب ، وقد شرحت لهم قصتها ، وللأسف لم تحصل على لجوء ، لمدة ثلاث سنوات ، فقد حصلت على لجوء لمدة سنة حماية مؤقتة (وبعد ان بحثت) Subsidiärer Schutz في الانترنت عن ما تعنيه كلمة (الحماية المؤقتة) التي تعني عدم الترحيل الى بلدك بسبب استمرارية الحرب . والمعاملة الغير إنسانية الموجودة في الوقت الحاضر لهذا حصلت على الإقامة لمدة عام يمكن تجديدها ، وهذا يعني انها لا تستطيع تقديم طلب لم الشمل لزوجها ، وقد اطلعتني على القرار ، وضمنه مدة أربعة عشر يوما فقط . يحق لها الاعتراض على هذا القرار

ذهبت معها الى مكتب لمساعدة اللاجئين ، وهناك تم إعطاءها عنوان محامي لمساعدتها في الاعتراض على القرار .

لماذا حصل هذا مع زهرة لم افهم ، بعد مدة علمت بان هذا القرار صدر حديثا لكثرة اللاجئين السوريين ، حيث يحصل الأغلبية منهم فقط على حماية مؤقتة

من صديقي فادي علمت بان هذا كان سيحصل معه أيضا ، لكنه وكل محامي ، وقد رفع دعوى ضد هذا القرار ونجح في هذه الدعوى ، وقد تمكن من لم الشمل لعائلته قبل تاريخ ٢٠١٨/٣/١٦

كل هذا ساعدني في طريقة طلب اللجوء في ألمانيا ومن أهمها وجود محامي بجانب اللاجئ ، لتقديم الأوراق ، والمال الذي دفعه هو ليس خسارة ، لكن هو الذي ساعده على تحديد مصيره

. التواريخ

راكان كان شاكرا للمحامي لانه نبهه على ذلك ، ونصحه بكتابة ذلك قبل الجلسة ، حتى لا يكون هناك أي خطأ في الاقوال والتواريخ، لانه اذا اخطا سوف يفقد . مصداقيته اتجاه المحكمة

ولان رakan كان مستعد لهذا الموعد كان قادرا ان يشرح لهم كل الطرق بالتفصيل

كل هذه الأشياء تكلموا بها ، حيث كانت المحادثة قائمة على استجواب الموظف لصديقي رakan ولم يكن هناك إمكانية له لشرح قصته (مجرد سؤال وجواب) وفي حال سرد رakan لتفاصيل قصته كان يقاطع بقول الموظف في وقت لاحق

. ثم سؤل عن سبب تقديمه طلب اللجوء في ألمانية

عندما ساله المحامي هذا السؤال كان رakan يعتقد ان الألمان يعرفون ما جرى ويجري في حلب ، وانه يصعب الحياة في هذه الظروف القاتلة ، ولكن المحامي أفاده بان هذا ليس كافيا، بل عليه ذكر الأسباب الشخصية بالتفصيل والدقة ، وكونه كان مستعد لهذا الموعد ، قد احضر رakan معه الإثباتات الشخصية من يحوي على إثبات لشرحه قصته Emails لال صور و

مكتب اللجوء واللاجئين ينتظرون منه أسباب هجرته من سوريا بالتفصيل والمصداقية والدقة ، ولهذا درس رakan مع المحامي قبل الموعد كل التفاصيل

ومن خلال هذه الجلسة مع المحامي استطاع رakan التركيز اكثر في تفاصيل الأحداث ، وسردها للموظف . بطريقة تصويرية مكنت الموظف ان يستوعب الحدث

والمحامي شجعه على رواية قصته مفصلة ، لان تجربته الشخصية مهمة جدا لمنحه الموافقة على طلب اللجوء ، ومدة اللجوء

وبعد ان سمعت قصة رakan اتضح لي أهمية وجود محامي بجانبني عند تقديم طلب اللجوء ، لان طلب اللجوء في ألمانية ليس بالسهل

راكان حصل على طلب اللجوء بعد ان افاد بانه ملاحق ، كل شخص يكون ملاحق سياسيا أو طائفيا أو دينيا أو جنسيا يحصل على اللجوء

لهذا حصل رakan على منح اللجوء لمدة ثلاث سنوات ،



Hitler-Vergleiche sind ja gerade der absolute Renner. Deshalb wollen auch wir mal versuchen, ins Visier der National Security Agency (NSA) und des türkischen Geheimdienstes „Millî Emniyet Hizmeti Riyâseti“ (MIT) zu kommen. Wir rechnen fest mit einem unbefristeten Einreiseverbot in die USA und einer Anklage nach § 103 StGB (Beleidigung von Organen und Vertretern ausländischer Staaten).

Bei der Reduktion seines Treibhausgas-Ausstoßes kommt Deutschland nicht voran. Auch im Jahr 2016 stiegen die energiebedingten Emissionen – und zwar um mindestens vier Millionen Tonnen auf 906 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalent. Das ergibt ein Gutachten, das die Bundestagsfraktion der Grünen in Auftrag gegeben hat. Damit hat es in Deutschland seit 2009 praktisch keine Reduktion beim Klimagas-Ausstoß mehr gegeben.

ENDE GELÄNDE FÜR DIE KOHLE – DER KLIMAWANDEL WARTET NICHT

Klimagipfel beim Braunkohleweltmeister

Im Herbst 2017 finden die internationalen Klimaverhandlungen zur Umsetzung des Pariser Klimaabkommens in Bonn statt. Doch direkt nebenan im rheinischen Kohlerevier, Europas größter CO₂-Quelle, wird weiter der klimaschädlichste Energieträger abgebaut und verfeuert. Deutschland ist Weltmeister bei der Förderung des Klimakillers Braunkohle.

Um katastrophale Folgen des Klimawandels zu verhindern, muss die Kohle im Boden bleiben! Wir haben 2017 die Gelegenheit, auf die verheerenden Versäumnisse deutscher und internationaler Klimapolitik aufmerksam zu machen und den sofortigen Kohleausstieg einzuleiten.

Bleib auf dem Laufenden unter:
www.ende-gelaende.org
twitter.com/Ende_Gelaende
facebook.com/BaggerStoppen

Hier wird das Klima verhandelt!

Seit 23 Jahren verhandeln Regierungsvertreter*innen, ohne die globale Erwärmung zu begrenzen. Doch um das 1,5 Grad-Ziel zu erreichen, bleiben uns nur noch wenige Jahre. Schon jetzt ist klar: Deutschland verfehlt seine Klimaziele bis 2020. Und der Klimawandel wartet nicht... Eine kämpferische Klimabewegung ist daher nötiger denn je.

System Change not Climate Change!

Ohne eine Abkehr vom fossilen Kapitalismus ist weder eine ernstzunehmende Bekämpfung des Klimawandels noch globale soziale Gerechtigkeit möglich. Es ist ein tiefgreifender sozial-ökologischer Wandel nötig, um ein gutes Leben für alle zu erreichen.

Wir sagen ENDE GELÄNDE

Mehr als 3500 Menschen haben im Mai 2016 als „Ende Gelände“ in der Lausitz Kohlebagger besetzt und Kohleinfrastruktur für über 48 Stunden stillgelegt. 2017 zeigen wir, dass weder der Klimawandel noch wir auf Verhandlungen warten und Klimaschutz jeden Tag stattfinden muss.

Kohleausstieg bleibt Handarbeit

Gemeinsam werden wir gleich zwei Mal, vom 24. - 29. August während des Klimacamps und im November während des UN-Klimagipfels, im Rheinischen Braunkohlerevier ein deutliches Zeichen für Klimagerechtigkeit setzen – mit weiteren Aktionen zivilen Ungehorsams.

Unser Versprechen gilt: Wir kommen wieder, bis der letzte Bagger ruht!



Kino 8 1/2 im April/Mai

jeweils Freitag
und Samstag
um 20.30 Uhr



07. und 08. April

Kundschafter des Friedens

Als in einer früheren Sowjetrepublik ein Politiker entführt wird, rekrutiert der BND vier ehemalige DDR-Spione im Rentenalter, die sich in dem Land bestens auskennen, bald aber erkennen müssen, dass sie und die Welt sich seit ihrer Wirkungszeit sehr verändert haben. Amüsante, sanft ironische Komödie, die ihren Humor aus dem Gefälle von Anspruch und Wirklichkeit der Senioren bezieht. Anspielungen auf Spionagefilme der 1960er- und 1970er-Jahre sowie spielfreudige Darsteller sorgen für angenehme Unterhaltung, die unterschwellig die gravierenden Veränderungen für die Ostdeutschen durch die Wiedervereinigung verhandelt.

D 2016, Kinostart: 26.01.2017; 93 Minuten

14. und 22. April !!!!

La La Land

Eine junge Schauspieleranwärterin und ein Jazz-Pianist finden in Los Angeles zueinander, erleben den Höhenflug ihrer ersten Liebe, erfahren aber auch die Belastungen ihrer Beziehung, als sie ihre Karrieren neu ausrichten. Ein von der Handlung betont schlichtes, inszenatorisch dafür umso einfallreicher inszeniertes Jazz-Musical, das mit charmanten Darstellern, ausgefeilten Choreografien und beschwingten Songs begeistert. Ohne sich je im bloßen Imitat zu erschöpfen, greift der Film auf klassische Vorbilder zurück und verdichtet sich zu einer mitreißenden Hommage auf Los Angeles, das Kino und das Recht zu träumen.

USA 2016, Kinostart: 12.01.2017, 128 Minuten

15. und 21. April !!!! & 19. April (19.30)

Moonlight

Ein sensibler afroamerikanischer Junge wächst in Liberty City auf, einem „Problembezirk“ Miamis, wobei die Crack-Sucht seiner Mutter und die Schikanen von Gleichaltrigen, die ihn mobben, sein Leben überschatten. Ein Dealer nimmt sich seiner an und wird zum Vaterersatz, doch die demonstrative Männlichkeit, die er dem Jungen vorlebt, bringt weitere Konflikte, vor allem auch mit der eigenen homosexuellen Identität. Der bildgewaltige, herausragend gespielte Film wird als Triptychon unterschiedlicher Lebensphasen

erzählt. Er besticht durch seine Sensibilität gegenüber den Gefühlen der Figuren ebenso wie durch sein Gespür für ihre Lebenswelt, wobei er präzise Milieuschilderung mit dem Sinn für die Schönheit des Lebens verbindet.

USA 2016, Kinostart: 09.03.2017, 111 Minuten

27. April, 19.30

Tomorrow

Dokumentarfilm über Initiativen, die jetzt schon weltweit nachhaltiges Wirtschaften und Leben verwirklichen und damit die Möglichkeit eines Wandels vormachen, mit dem sich prognostizierte Krisenszenarien abwenden lassen. Er überzeugt nicht nur durch den informativen Überblick über vielfältige Projekte, sondern auch durch seine Form: Die Filmemacher legen ihr Hoffnungsszenario als mitreißendes, mit einem bemerkenswerten Soundtrack unterlegtes „Road Movie“ an und schaffen es, dass sich die Neugier, mit der sie auf ihrer Reise auf verschiedene Protagonisten und deren Initiativen zugehen, auf die Zuschauer überträgt. Finanziert durch eine erfolgreiche französische Crowdfunding-Kampagne, wurde er in Frankreich mit dem "César" ausgezeichnet.



F2015, Kinostart: 2. Juni 2016, 120 Min. , Eintritt: 3,00 €

28. und 29. April

Manchester by the Sea

Ein schweigsamer Einzelgänger, der als Hausmeister in Boston arbeitet, kehrt anlässlich des Todes seines Bruders in seine kleine Heimatstadt an der US-amerikanischen Ostküste zurück. Als er die Vormundschaft für seinen 16-jährigen Neffen übernehmen muss und es zum Wiedersehen mit seiner Ex-Frau kommt, brechen tiefe seelische Wunden wieder auf. Packendes, komplex konstruiertes Drama um Schuld und Erlösung, das in intensiven Rückblenden die ganze Tragik, Verletztheit und Schuld der Hauptfigur enthüllt. Die emotional und psychologisch genau gezeichneten, grandios gespielten Figuren halten stets die innere Spannung aufrecht.

USA 2016, Kinostart: 19.01.2017, 138 Minuten

05. / 06. Mai: Wilde Maus

12. / 13. Mai: Neruda

19. / 20. Mai: Hell or High Water

26. / 27. Mai: The Salesman

www.kino-achteinhalb.de

Politik, Vorträge & Theater

Mi., 29. März, 16.00

Rojava – Frühling der Frauen

Ausstellungseröffnung

Die Ausstellung ist bis zum 4. April täglich von 11 – 19 Uhr zu sehen

Diese Ausstellung ist aus einer Reise nach Rojava mit der Frauenstiftung WJAR im Dezember 2015 entstanden. Ziel war, von Rojava auch den Aufbau der demokratischen Autonomie und vor allem den Aufbau und die Arbeit der Frauenstrukturen sichtbar zu machen.

Als der „arabische Frühling“ in Syrien begann, entschieden sich die Bewohner*innen von "Rojava" im Norden des Landes sich von der jahrzehntelangen Unterdrückung des Baath Regimes zu befreien und für den sogenannten dritten Weg, den Aufbau des Demokratischen Konföderalismus. Der Demokratische Konföderalismus ist ein politisches Modell, das die Gleichberechtigung und Beteiligung von allen Ethnien, Religionen und Geschlechtern anstrebt. Selbstverwaltung durch Kommunen und Räte sind die Basis dieser Idee. Die Frauen sind die treibende Kraft für die Veränderungen und den Aufbau dieser neuen Gesellschaft.

<http://rojavafuehlingderfrauen.blogspot.eu/>

Buntes Haus, Eintritt frei

So., 02. April, 11.30

Die Zeitung - Stückeentwicklung

Matinee

Schlosstheater Celle, Eintritt frei

Di., 04. April, 19.00

Die Zeitung - Stückeentwicklung

Öffentliche Probe

Schlosstheater Celle, Eintritt frei

Do., 06. April, 19.00

Nach der Befreiung

Dokumente aus jüdischen DP-Camps

Ausstellungseröffnung mit Dr. Thomas Rahe, Gedenkstätte Bergen-Belsen - die Ausstellung läuft vom 7. April bis 28. Mai 2017

Synagoge, Im Kreise 24, Eintritt frei.

Do., 20. April, 19.30

Fahrradkrieg – Wem gehört die Stadt?

Dokumentarfilm und anschl. Diskussion mit Jörg Frohner, Fahrradbeauftragter der Stadt Celle (angefragt), und Claus Stahl, ADFC Celle

Veranst.: Land in Sicht – Transition (LIST)

Kino achteinhalb, Eintritt frei

So., 23. April, 10.00 – 15.00

Gedenkveranstaltungen zum 72. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Bergen-Belsen

10.00 Kriegsgefangenenfriedhof, Ansprache: Edelgard Bulmahn

11.00 Obelisk, Ansprache: Anastasja Gulej, Vorsitzende des Verbands der ukrainischen Überlebenden des KZ Bergen-Belsen

13.30 Kriegsgefangenenfriedhof: Gedenkveranstaltung der VVN/BdA

14.00 Ausstellungseröffnung im Forum der Gedenkstätte : „Roter Winkel. Politische Häftlinge im KZ Bergen-Belsen“

15.00 Gedenkveranstaltung der AG Bergen-Belsen an der Rampe

Do., 27. April, 19.00

Reformierte Reformatoren und ihr Verhältnis zum Judentum

Referent: Dr. Achim Detmers, Generalsekretär des Reformierten Bundes, Hannover

Synagoge, Im Kreise 24, Eintritt frei

Mo., 01. Mai, 11.00

Maikundgebung des DGB

Stechbahn

Mi., 03. Mai, 19.00

Der NSU im gesamtgesellschaftlichen Kontext einer rassistischen Normalität in Deutschland

Vortrag: Karima Popal-Azarati

Kreuzkirche, Windmühlenstr. 45

Veranstalter: AK Ausländer, das Diakonisches Werk Celle sowie das Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Eintritt frei.

Do., 04. Mai, 19.00

Bevor die Flamme erlischt

Einblicke in aktuelle Forschungstätigkeiten zur Musik der Romaniotischen Juden in Griechenland

Referentin: Prof. Dr. Sarah Ross, Hochschule für Musik, Theater und Medien Hannover

Celler Synagoge, Im Kreise 24

Do., 11. Mai, 19.00

Die verbrannten Dichter

Die Bücherverbrennung – Porträts in Liedern, Lyrik, Prosa mit Günter Gall und Konstantin Vassiliev

Günter Gall und Konstantin Vassiliev stellen einige dieser Dichter*innen mit Liedern, Texten und Instrumentalstücken vor, u.a.: Erich Kästner, Walter Mehring, E. M. Remarque, Mascha Kaléko, Carl von Ossietzky. Stellvertretend für die „entarteten Künstler“ steht Felix Nussbaum, der 1904 in Osnabrück geborene und 1944 in Auschwitz ermordete jüdische Maler, als Vertreter der „neuen Sachlichkeit“.

Synagoge, Im Kreise 24, AK 10,00

Stadtarchiv Celle in Kooperation mit der Jüdischen Gemeinde Celle e.V. und der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit Celle e.V.

Konzerte & Partys

Sa., 01. April, 20.00

Tom Toxic Tollhaus Trio
Zum Lindenhof, Gersnethe 29, 8,00

Do., 27. April, 20.00

Too Tangled
Kulturschiff Loretta

So., 07. Mai, 19.00

Triosence
CD Kaserne, 26,00

Do., 06. April, 20.00

The Gerry O'Connor Trio und Fairytale
Beckmann-Saal, Magnusstr. 4, 20,55
im VVK

Fr., 28. April, 20.00

100. Open Stage
CRI-Räume, Hannoversche Str. 30D

Sa., 13. Mai, 20.00

Friday Night Trio
CD Kaserne, AK 25,00 / erm. 17,00

Fr., 07. April, 20.00

HEIM mit Support-Act OCTO
Kulturschiff Loretta

Fr., 28. April, 20.00

Do., 25. Mai, 20.00

Thomas Godoj
CD Kaserne, AK 30,00

Fr., 07. April, 20.00

Sophie(l) zum Thema Jazz
Kunst & Bühne, AK 15,00

So., 30. April, 20.00

So., 14. Mai, 12.00

Muttertagsjazz mit den Blackpoint Jazzmen
Wienhausen, Mühlengrund, 15,00

Fr., 07. April, 22.00

Party: Rock to the 80ies Vol. 4
CD Kaserne, AK 5,00

So., 30. April, 20.00

Fr., 12. Mai, 21.00

Damnation Defaced
Kulturschiff Loretta

Sa., 08. April, 20.00

Jam-Session
CRI-Räume, Hannoversche Str. 30D

Hathors
Kulturschiff Loretta

Sa., 13. Mai, 20.00

Jam-Session
CRI-Räume, Hannoversche Str. 30D

Do., 13. April, 21.00

Marys Forbidden Dreams
Morlock, Bahnhofstr. (mit Hut)

Mo., 01. Mai, 11.00

Mo., 15. Mai, 20.00

Tim Mitchell Band
Herzog Ernst, Eintritt frei

Mi., 19. April, 19.30

Angeprangert – Poetry Slam
Kunst & Bühne, AK 6,00

Fr., 05. Mai, 20.00

Mi., 17. Mai, 19.30

Angeprangert – Poetry Slam
Kunst & Bühne, AK 6,00

Mi., 26. April, 20.00

**Fletcher McCatch's „Horace-
Scope“**
Hof Wietfeld, VVK 22,00

Abdelkarim - Staatsfreund Nr. 1
CD Kaserne, 26,20

Fr., 26. Mai, 20.00

Open Stage
CRI-Räume, Hannoversche Str. 30D

Do., 27. April, 20.00

David Munyon
Mühlengrund in Wienhausen

Sa., 06. Mai, 15.00

19. Celler Jugend Jazztag
Kreistagssaal, Eintritt frei

Sa., 06. Mai, 20.00

Götz Almann Band
CD Kaserne, 42,00 / 45,00

Sa., 06. Mai, 20.00

Honky Tonk Festival
im Mojo, Bell Mundo, Kunst &
Bühne, Ristorante Primavera
VVK 13,00